

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP**

**EntschlieÙung zur Umsetzung der Beschlüsse der 34. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn, Åland, vom 24. bis 26. August 2025**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stimmt den von der 34. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) am 26. August 2025 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeit zu.
- II. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 34. BSPC sowie dem aktualisierten Ostseeaktionsplan der Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und dessen Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
- III. Der Landtag begrüÙt,
  1. dass die schriftlichen Berichte über den nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse als Berichterstatterin der BSPC für nachhaltigen Tourismus, über die Arbeit der Helsinki Kommission durch seine Vizepräsidentin Beate Schlupp als Beobachterin der BSPC bei HELCOM und über die Entwicklungen im Bereich des Klimawandels und der Biodiversität durch den Abgeordneten Philipp da Cunha als Berichterstatter der BSPC für Klimawandel und Biodiversität der Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt wurden.
  2. dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen
    - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion durch seine Präsidentin Birgit Hesse fortzusetzen,
    - der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM durch seine Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp fortzusetzen,
    - der Wahrnehmung der Berichterstattung der BSPC für Klimawandel und Biodiversität durch den Abgeordneten Philipp da Cunha fortzusetzen.

Der Landtag erkennt die damit verbundene Auszeichnung und Verpflichtung an. Denn Artikel 11 seiner Verfassung verpflichtet das Land zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz zeigen, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen. Vor diesem Hintergrund wird der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin wahrnehmen und die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz wie bisher unterstützen.

- IV. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
1. Wahrung von Demokratie und Stabilität,
  2. Energie- und Umweltresilienz sowie Schutz kritischer Infrastruktur,
  3. Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung,
  4. Meeresökosysteme, Fischerei, Klima und ökologische Schifffahrt,
  5. kohärente und sichere Bioökonomie
- in der Ostseeregion einzusetzen, diese im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen sowie den Landtag entsprechend dem Beschluss des 8. Landtages vom 27. November 2024 zu der Drucksache 8/4382 bis zum 31. Mai 2026 über die Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge zu unterrichten.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Daniel Peters und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Constanze Oehlich und Fraktion**

**David Wulff und Gruppe**

**Begründung:**

Vom 24. bis 26. August 2025 richtete das Parlament der finnischen autonomen Region Åland die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) in Mariehamn aus. Seitens des Landtages nahmen unter Leitung der Ersten Vizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) die Abgeordneten Philipp da Cunha (SPD), Nadine Julitz (SPD), Jens-Holger Schneider (AfD) und Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an der Jahreskonferenz teil. Unter dem Motto „Die Ostsee – unsere Lebensader: Zusammenarbeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit“ befassten sich rd. 125 Mitglieder nationaler und regionaler Parlamente, Staats- und Landesregierungen, Sachverständige sowie 50 Jugenddelegierte mit einigen der wichtigsten strategischen und ökologischen Fragen der aktuellen Zeit. Der Fokus lag dabei auf dem Schutz kritischer maritimer Infrastruktur, der Stärkung demokratischer Resilienz, gemeinsamer Verantwortung für das Ökosystem, der nachhaltiger Schifffahrt, der Energiesicherheit sowie der Förderung von Jugendbeteiligung.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern arbeitet im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz mit zehn nationalen Parlamenten, sieben regionalen Parlamenten und drei internationalen parlamentarischen Organisationen der Ostseeregion zusammen. Die Abgeordneten des Landtages übernehmen zudem eine Reihe von Sondermandaten für die Konferenz. So hat die Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Vorfeld der Jahreskonferenz einen Bericht zum Themenkomplex nachhaltiger Tourismus in der Ostseeregion vorgelegt. Die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp hat in ihrer Funktion als Beobachterin bei der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) einen schriftlichen Bericht über die laufende Arbeit der Organisation vorbereitet. Der Landtagsabgeordnete Philipp da Cunha informierte die Jahreskonferenz über die Umsetzung einschlägiger Forderungen der BSPC zur Eindämmung des Klimawandels und zum Schutz der Artenvielfalt und reichte einen schriftlichen Bericht ein. Damit bekräftigte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sein langfristiges Engagement für eine starke und nachhaltige Ostseeregion.

Die Konferenz markierte einen Führungswechsel: Herr Bodo Bahr beendete seine elfjährige Amtszeit als Generalsekretär der Ostseeparlamentarierkonferenz und wurde durch Herrn Jan Diedrichsen abgelöst.

Neben dem finnischen Präsidenten Alexander Stubb hielten Herr Egils Levits, ehemaliger Präsident Lettlands, und Herr Toomas Hendrik Ilves, ehemaliger Präsident Estlands, Grundsatzreden auf der Konferenz. Ihre Teilnahme unterstrich das breite Engagement führender Persönlichkeiten Europas für die zentralen Fragen der Sicherheit, Demokratie und Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Die Jahreskonferenz zielte darauf ab, gemeinsame Empfehlungen an nationale und regionale Regierungen sowie internationale Organisationen im Ostseeraum zu formulieren. Nach intensiven Beratungen wurde eine Resolution verabschiedet, die Forderungen zur Stärkung demokratischer, ökologischer und energiepolitischer Resilienz einschließlich der Abschlussempfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität enthält.

Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Entschließung beziehen sich im Hinblick auf die Wahrung von Demokratie und Stabilität in der Ostseeregion auf die Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, die Vorsorge gegen hybride Bedrohungen, die Hervorhebung nicht militärischer Maßnahmen – Diplomatie, Völkerrecht und Kooperationsregelungen – für die Sicherheit im Ostseeraum, die Stärkung der Koordinierung zwischen nationalen Sicherheitsstrategien und demokratischen Garantien, die Zusammenarbeit zwischen der NATO, dem Ostseerat und der EU zum Schutz kritischer Infrastruktur. Mit Blick auf die neu auftretenden hybriden Bedrohungen schlägt die Resolution vor, die Anwendung des internationalen Seerechts zu stärken, zur Ausrichtung des nationalen und des EU-Seerechts beizutragen und Rechenschaft für Operationen von Schattenflotten zu gewährleisten.

Im Hinblick auf Energie- und Umweltresilienz sowie den Schutz kritischer Infrastruktur im Ostseeraum fordert die Resolution eine enge regionale Zusammenarbeit, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimarisiken, hybriden Bedrohungen und Sabotageakten auszubauen. Dabei wird ein gemeinsamer Ansatz für Klimavorsorge hervorgehoben einschließlich verpflichtender Klimarisikobewertungen, Stresstests für kritische Infrastrukturen sowie der Förderung lokaler Anpassungs- und Resilienznetzwerke, insbesondere in gefährdeten Küsten- und ländlichen Gebieten. Ein zentraler Fokus liegt auf der vollständigen Umsetzung bestehender sicherheits- und maritimer Strategien wie der EU-Strategie für maritime Sicherheit (EUMSS) sowie der Entwicklung eines neuen, umfassenden regionalen Rahmens zur Stärkung der Energie-, Transport- und Kommunikationsinfrastruktur. Dieser soll Bedrohungsszenarien berücksichtigen und auf EU- und NATO-Strukturen aufbauen. Ergänzend wird eine verstärkte maritime Lageerfassung gefordert, u. a. durch zentrale Koordinierungsmechanismen, modernste Überwachungstechnologien, automatisierte Systeme und die Ausweitung des Echtzeit-Datenaustauschs (CISE). Die Resolution fordert außerdem eine rechtliche Harmonisierung gegen vorsätzliche Eingriffe in Unterwasserinfrastruktur sowie eine gemeinsame Strategie gegen Schattenflotten einschließlich verschärfter Kontrollen, Sanktionen und klarer rechtlicher Standards. Im Bereich Energie und Kommunikation sollen Modernisierung, Redundanzen und Cyberresilienz verbessert werden. Darüber hinaus setzt die Resolution auf Forschungsförderung, gemeinsame Reparaturkapazitäten für Unterwasserinfrastruktur, ein sektorübergreifendes Resilienzforum, regelmäßige Cyberkrisen-Simulationen sowie eine engere Kooperation zwischen privaten Offshore-Akteuren und staatlichen Stellen. Technische Leitlinien für multifunktionale Infrastrukturen, Maßnahmen zur digitalen Inklusion ländlicher Regionen und die verpflichtende Einbeziehung von Umweltrisiken in die maritime Sicherheitsplanung ergänzen den umfassenden Maßnahmenkatalog.

Bezüglich des Themenkomplexes „Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung im Ostseeraum“ fordert die Resolution eine Stärkung der regionalen Resilienz, indem Katastrophenschutzstrukturen besser vernetzt und Vorsorgemaßnahmen ausgebaut werden. Dazu zählen ein verbesserter Austausch von Einsatzkräften sowie der Ausbau einer unabhängigen pharmazeutischen Versorgung. Im Energiebereich wird eine Modernisierung der Infrastruktur als zentral erachtet. Investitionen in Forschung, die Erneuerung veralteter Systeme und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft und regionalen Akteuren sollen die Versorgungssicherheit stärken. Gleichzeitig sollten sozial gerechte Energiesubventionen und nationale Effizienzprogramme Energiearmut mindern. Zur Sicherheit maritimer Infrastruktur wird die systematische Kartierung gefährdeter Gebiete gefordert, ergänzt durch gemeinsame Risikobewertungen, Schulungen und Echtzeit-Informationsaustausch zwischen Behörden und Privatsektor, um Bedrohungen schneller begegnen zu können.

Die Resolution betont zudem die dringende Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen, insbesondere aus Importen aus Russland. Gleichzeitig sollen nachhaltige Energiequellen ausgebaut und Stromnetze durch intelligente Speicher- und Verteilungstechnologien modernisiert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf einer gerechten Energiewende: Energiepreise sollen sinken, schwächere Gemeinschaften unterstützt und Menschen, deren Arbeitsplätze durch den grünen Umbau gefährdet sind, durch gezielte Umschulung abgesichert werden. Klimagerechtigkeit soll sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Schließlich wird die zentrale Rolle junger Menschen hervorgehoben. Ihre Perspektiven sollten systematisch in die Energiepolitik einfließen. Zudem sollen Zugang zu grüner Bildung, Austausch- und Qualifikationsprogrammen, Mentoring und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in klimafreundlichen Industrien gefördert werden.

Mit Blick auf Meeresökosysteme, Fischerei, Klima und ökologische Schifffahrt für eine nachhaltige Ostsee betont die Resolution die Notwendigkeit, die Ostsee als empfindliches und stark belastetes Meeresökosystem umfassend zu schützen. Zentrale Bedeutung hat dabei die konsequente Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans. Zudem wird ein rechtsverbindlicher Plan zur Erholung der Fischbestände gefordert, der sowohl die Funktionsfähigkeit des Ökosystems als auch langfristige Ernährungssicherheit sicherstellt. Die Resolution hebt die Bedeutung einer systematischen Integration von Klimaanpassung und Biodiversitätszielen in die Meeresraumplanung, Fischereipolitik und Küstenentwicklung hervor. Sie fordert zudem verstärkte wissenschaftliche Überwachung, etwa durch aktualisierte HELCOM-Indikatoren, sowie koordinierte politische Maßnahmen zur Nährstoffreduzierung und Förderung nachhaltiger, klimaresilienter Landwirtschaft. Auch beim Meeresbodenbergbau sollen Umwelt- und Naturschutz oberste Priorität haben. Der Schutz der Ostsee soll zudem durch eine bessere Vernetzung von Meeresschutzgebieten, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und durch die Nutzung maritimer digitaler Zwillinge in Entscheidungsprozessen unterstützt werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung einer klimafreundlichen maritimen Wirtschaft, etwa durch Investitionen in grüne Schifffahrtskorridore, technologische Innovationen, intelligente Hafenökosysteme und emissionsarme Logistik. Auch die Hafeninfrastruktur soll modernisiert werden, u. a. durch Landstromversorgung, Kreislaufwirtschaftsverfahren und bessere Hinterlandanbindungen. Zur Sicherheit und ökologischen Integrität der Ostsee gehören zudem Maßnahmen zur Risikoabwehr gegenüber Schattenflotten sowie die frühzeitige und umweltverträgliche Räumung von Munitionsaltlasten.

Im Themenbereich „kohärente und sichere Bioökonomie“ wird eine umfassend abgestimmte Bioökonomiepolitik gefordert, die eng mit Kreislaufwirtschaft, Biodiversitätsschutz und Klimazielen verzahnt werden soll. Nationale und regionale Strategien sollen in integrierte politische Rahmen eingebettet werden, die Umwelt- und Ressourcenschutz ebenso berücksichtigen wie Ernährungssicherheit, Energiewende und industriellen Wandel. Um innovative biobasierte Lösungen vom Experimentierstadium in den breiten Einsatz zu überführen, schlägt die Resolution KMU-freundliche Förderinstrumente, vereinfachte Genehmigungen und ein planbares regulatorisches Umfeld vor. Nachhaltigkeitskriterien, transparente Lieferketten und klare Standards – auch im Rahmen der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien – sollen konsequent eingehalten werden. Gleichzeitig sollen bisher wenig genutzte regionale Biomassequellen wie Bioabfälle, landwirtschaftliche Rückstände, marine Ressourcen und industrielle Nebenprodukte stärker erschlossen werden, um lokale Kreisläufe zu fördern. Investitionen in die Bioökonomie sollen ausdrücklich zur Schaffung sicherer Arbeitsplätze in Küsten- und ländlichen Regionen beitragen, besonders in kleinen Fischerei- und Landwirtschaftsbetrieben. Die Resolution betont zudem die Bedeutung eines strukturierten regionalen Dialogs, um gemeinsame Standards, kohärente Politiken und Wissenstransfer im Ostseeraum zu stärken.

Sicherheits- und Resilienzüberlegungen sollen in die Bioökonomie integriert werden, indem biobasierte Alternativen in strategisch wichtigen Sektoren, etwa Verpackungen, Chemie oder Automobilzulieferer, gefördert werden. Schließlich wird gefordert, Innovationen in der aquatischen Bioökonomie gezielt zu fördern und sicherzustellen, dass künftige EU-Bioökonomiestrategien die regionalen Besonderheiten und Potenziale des Ostseeraums berücksichtigen.

### **Ablauf der 34. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn, Åland**

#### **Eröffnung der Jahreskonferenz**

Als amtierender Präsident der Ostseeparlamentarierkonferenz betonte in seiner Eröffnungsrede zu Beginn der Konferenz der Abgeordnete des åländischen Parlaments und ehemaliger Energieminister Ålands Alfons Röblom die besondere symbolische Bedeutung Ålands als „Inseln des Friedens“. Das Beispiel Ålands zeige, dass Dialog Konflikte überwinden könne und dass friedliche Lösungen möglich seien. Demokratie bedeute nicht, dass die Mehrheit allein bestimme, sondern dass die Rechte aller Menschen gehört und geschützt würden. Gerade in Zeiten globaler Turbulenzen sei daher ein internationales parlamentarisches Forum unverzichtbar. Parlamentarische Diplomatie diene in erster Linie dem Vertrauensaufbau – und persönliche Begegnungen seien dafür wichtiger denn je. Während seiner BSPC-Präsidentschaft habe Åland drei Schwerpunkte gesetzt: Zusammenarbeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Im Bereich Sicherheit habe man den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine klar verurteilt. Bei der Nachhaltigkeit hob Herr Röblom insbesondere die Abschlussempfehlungen der BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität hervor, deren Fokus u. a. auf erneuerbaren Energien und Wasserstofftechnologien gelegen habe. Im Bereich Demokratie habe die BSPC ihre internationalen Partnerschaften weiter gestärkt. Der Schutz demokratischer Prinzipien sei stets eine gemeinsame Aufgabe, die kollektives und kooperatives Engagement erfordere. Alle behandelten Themen seien eng miteinander verflochten, was zur Komplexität der aktuellen Lage beitrage. Herr Röblom hieß abschließend die Teilnehmenden des Jugendforums willkommen und unterstrich, dass die BSPC nicht nur den Generationendialog fördere, sondern die Vorschläge der Jugend auch aktiv in ihre Resolutionen einbinde. Abschließend betonte er, wie wichtig parlamentarischer Dialog für die gesamte Ostseeregion sei: Nur gemeinsam besitze man eine starke Stimme.

Der finnische Präsident Alexander Stubb hob hervor, dass die Ostsee alle Anrainerstaaten nicht nur geografisch verbinde, sondern auch durch gemeinsame Interessen und Werte gekennzeichnet sei. Die Sicherheit der ganzen Region werde aktuell durch ein Land massiv untergraben und es liege in der Verantwortung der Ostseeanrainer, die eigene Sicherheit gemeinsam zu gewährleisten. Präsident Stubb erinnerte daran, dass er bereits 2006 einen Bericht zur Ostseesicherheit aus nordischer Perspektive verfasst habe – doch die Entwicklungen des Jahres 2022 hätten einen historischen Wendepunkt markiert. Die internationale Ordnung sei im Umbruch und eine Rückkehr zur früheren Normalität sei ausgeschlossen. Er betonte, dass die UN-Charta das Fundament der gegenwärtigen Weltordnung bilde und Krieg als Mittel der Politik klar verurteile. Eine Zusammenarbeit mit Russland könne erst dann wieder möglich sein, wenn ein dauerhafter Frieden in der Ukraine erreicht worden ist.

Das gemeinsame Ziel müsse deshalb darin bestehen, eine solche Lösung zu unterstützen, die die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine wahrt. „Russland hat gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts verstoßen und das darf nicht ohne Folgen bleiben“, unterstrich Präsident Stubb und begrüßte die beispiellose Einigkeit unter den Ostseeanrainerstaaten. Er berichtete von dem von ihm ausgerichteten NATO-Gipfel im Januar 2025, bei dem vor allem die Bedrohung durch die Schattenflotte im Mittelpunkt stand. Ziel sei die Entwicklung einer robusten, gemeinsamen und völkerrechtskonformen Antwort gewesen. Mit der Mission Baltic Sentry solle zudem das Lagebewusstsein im Ostseeraum gestärkt werden. Auch der Ostseerat (Council of Baltic Sea States, CBSS) habe neue Initiativen zum Schutz kritischer Unterwasserinfrastrukturen angestoßen. Ferner verwies Herr Stubb auf das finnische Modell der schnellen Krisenreaktion und appellierte an die Ostseeanrainer, entschlossen und geschlossen zu handeln. Abschließend gratulierte er der BSPC zu ihrer Tagung auf Åland, denn Ålands Geschichte und besonderer Status seien ein gelungenes Beispiel für friedliche Konfliktlösung. Zudem begrüßte er ausdrücklich, dass Nachhaltigkeit einen zentralen Platz auf der Konferenzagenda einnehme.

Auch die Vizepräsidentin des Parlaments von Lettland Antoņina Ņenaševa betonte in ihrem Grußwort, dass die Ostseeregion aktuell eine Frontlinie darstelle: für die gemeinsame Sicherheit, Partnerschaft und letztlich auch für das gemeinsame Überleben. Åland sei dabei ein symbolischer Ort. Die langfristige Friedenssicherung durch Demilitarisierung und Autonomie zeige, dass echte Sicherheit nicht allein auf militärischer Stärke, sondern vor allem auf Zusammenarbeit und Vertrauen beruhe. Sie warnte vor den vielfältigen Gefahren der sogenannten Schattenflotte, die nicht nur internationale Sanktionen unterlaufe, sondern auch erhebliche ökologische Risiken verursache. Die regionale Sicherheit sei eine gemeinsame Verantwortung der Ostseestaaten. Der Krieg in der Ukraine zeige, dass weitere Aggressionen zu erwarten seien, sollte Russland nicht gestoppt werden. Ebenso unterstrich sie die Bedeutung der Bekämpfung von Desinformation, um die gesellschaftliche Resilienz zu stärken. Frau Ņenaševa unterstrich, dass die Ostsee-Partnerstaaten in ihren Einschätzungen der zu bewältigenden Herausforderungen grundsätzlich einig seien – entscheidend seien jedoch die konkreten Handlungsschlussfolgerungen. Es mangle weiterhin an entschlossenen gemeinsamen Maßnahmen. Ferner plädierte sie dafür, Umweltverbrechen – den so genannten „Ökozid“ – als integralen Bestandteil der gemeinsamen Sicherheit zu begreifen und die regionale Widerstandsfähigkeit weiter zu stärken, insbesondere gegen Versuche äußerer Akteure, die Staaten im Ostseeraum zu spalten. Abschließend erinnerte sie daran, dass die Ostsee historisch stets eine Brücke zwischen Nationen gewesen sei. Heute stehe die Region vor der Prüfung, ob sie das gemeinsame Meer wirksam schützen könne.

Die Leiterin der „Stiftung gegen Korruption“ und Witwe des verstorbenen russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny, Frau Julija Nawalnaja, dankte für die Einladung zur Eröffnung der 34. Ostseeparlamentarierkonferenz und wertete diese als Zeichen dafür, dass Europa Russland nicht aufgegeben habe. Wladimir Putin repräsentiere schließlich nicht das ganze Land, denn sie selbst spreche für ein anderes Russland: ein Russland, das trotz aller Repressionen weiterhin Hoffnung habe und dessen Stimme gehört werden müsse. Frau Nawalnaja beschrieb die aktuelle Lage als eine äußerst schwierige Zeit für Europa, dominiert von einem politischen Führer, der ausschließlich an Macht glaube und weder an Frieden noch an internationale Kooperation interessiert sei. Selbst die Sowjetunion habe den Wert internationaler Zusammenarbeit anerkannt; während des Kalten Krieges hätten sowjetische Führungspersönlichkeiten Kompromisse gesucht und internationales Recht respektiert. Putin hingegen missachte sowohl Recht als auch Wahrheit.

Sie verwies auf die Schlussakte von Helsinki, die einst die Grundlage der europäischen regelbasierten Ordnung bildete, deren Geltung jedoch mit dem Angriff auf die Ukraine 2014 gebrochen wurde. Die Lehren seien klar: Putins Worten könne nicht vertraut werden und internationale Regeln seien nur dann wirksam, wenn Rechtsbrüche auch Konsequenzen hätten. Abschließend betonte Frau Nawalnaja, dass Wladimir Putin nicht mit Russland gleichgesetzt werden dürfe. Trotz jahrelanger Propaganda sehnten sich viele Menschen in Russland weiterhin nach Frieden und nach einer kooperativen, europäischen Zukunft. Zudem hob sie die zentrale Bedeutung der Jugendbeteiligung hervor und betonte, wie wichtig es sei, junge Menschen aktiv in politische Prozesse einzubinden.

### **Erster Sitzungsabschnitt: Generationendialog „Die Rolle der Jugend in der Ostsee-kooperation“**

Gleich am ersten Konferenztag in Mariehamn ergriffen junge Menschen aus der gesamten Region das Wort und stellten ihre eigenen Empfehlungen für die Ostseeanrainerstaaten vor. Im Rahmen des Parlamentarischen Jugendforums der Ostseeregion (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum, BSPYF), das parallel zur ReGeneration Week 2025 organisiert wurde, verabschiedeten 50 Jugenddelegierte Vorschläge zu den Themen der Energiesicherheit, der Jugendbeteiligung, des gerechten ökologischen Wandels und des psychischen Wohlbefindens. Das BSPYF 2025 wurde gemeinsam von ReGeneration 2030, dem BSPC, dem Parlament von Åland und dem Ostseerat organisiert. Es fand vom 22. bis 26. August 2025 in Mariehamn statt und brachte 125 Jugenddelegierte aus dem Ostseeraum zusammen.

In einer speziellen Sitzung des BSPC-Plenums tauschten sich die Teilnehmenden des Jugendforums direkt mit mehr als 100 Ostseeabgeordneten und Sachverständigen aus. Das Format konzentrierte sich auf den Dialog zwischen den Generationen, wobei geschulte jugendliche Moderatoren Kleingruppendiskussionen zu den Empfehlungen leiteten. Ziel war es, das gegenseitige Verständnis zu stärken und konkrete Beiträge der Jugend offen zu besprechen.

Die abschließenden Empfehlungen des Jugendforums betonten, dass der Klimawandel sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene als Sicherheitsrisiko anerkannt werden müsse. Sie forderten den Aufbau einer vielfältigen Infrastruktur für erneuerbare Energien, die durch den Ausstieg aus der Subventionierung fossiler Brennstoffe finanziert werden solle. Im Hinblick auf die Konnektivität in der Ostseeregion drängten die Jugendlichen darauf, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken und eine obligatorische Beteiligung von 12- bis 30-Jährigen an Entscheidungsprozessen einzuführen. Im Hinblick auf die Resilienz hoben sie die psychische Gesundheit als politische Priorität hervor und forderten einen schnelleren und besseren Zugang zu hochwertiger Versorgung sowie stärkere Investitionen in Bildung und Wohlfahrtsökonomien.

In ihrem Appell an die Politikerinnen und Politiker rief die Generalsekretärin von ReGeneration 2030 Frau Keira Dignan dazu auf, die Empfehlungen der jungen Generation ernst zu nehmen. Die Jugenddelegierten bat Frau Dignan darum, sich nicht der Passivität hinzugeben und weiter für die Zukunft zu kämpfen.

## **Zweiter Sitzungsabschnitt: Gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Ostsee – Verankert im Europäischen Ozeanpakt**

Der Landtagsabgeordnete Philipp da Cunha erinnerte als BSPC-Berichterstatter für Klimawandel und Biodiversität daran, dass sich die dramatischen Folgen des Klimawandels weiter zuspitzen. Trotz leicht positiver Trends blieben Temperaturrekorde bestehen, Hitzewellen und Waldbrände nahmen zu und gefährdeten Gesundheit, Wirtschaft und Ökosysteme. Laut dem jüngsten Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) seien Staaten menschenrechtlich verpflichtet, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen und international zu kooperieren. Die Ostseeregion könne ein globales Vorbild für internationale, sektorenübergreifende und wissenschaftlich fundierte Zusammenarbeit sein. Herr da Cunha hob in diesem Zusammenhang die lange Tradition wissenschaftlich gestützten Umweltschutzes und technologischer Innovation in der Region hervor, die u. a. durch die Helsinki-Kommission (HELCOM) geprägt sei. Die BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität habe 2023 weitreichende Empfehlungen vorgelegt, auf die die Regierungen mit klaren Bekenntnissen zu internationalen Klima- und Biodiversitätszielen reagiert hätten. Auf Forderungen der letztjährigen BSPC-Resolution hätten nationale und regionale Regierungen über Fortschritte bei der Verringerung der Eutrophierung, dem Ausbau von Meeresschutzgebieten, der Förderung nachhaltiger blauer Wirtschaft, der Verbesserung der Seeverkehrsnachhaltigkeit und der Entwicklung umweltfreundlicher Schifffahrtstechnologien berichtet. „Der Weg nach vorn ist klar: Auf bestehender Zusammenarbeit aufbauen, die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik stärken und sicherstellen, dass Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, die reale Ergebnisse bringen“, so Herr da Cunha.

Anschließend stellte Herr Rüdiger Stempel, Exekutivsekretär von HELCOM, die aktuellen Prioritäten der Helsinki-Kommission vor. Er betonte zunächst die besondere Verletzlichkeit der Ostsee: ein junges, flaches, nahezu eingeschlossenes Meer mit geringem Wasseraustausch, aber enormem Einzugsgebiet und zugleich einer der meistbefahrenen Schifffahrtsrouten der Welt. Diese Kombination führe zu starkem Druck auf ein Ökosystem, das bereits Mitte des 20. Jahrhunderts als das am stärksten verschmutzte Meer der Welt gegolten habe – ein Zustand, der 1974 zur Unterzeichnung des Helsinki-Übereinkommens führte. HELCOM verfüge heute über zehn Vertragsparteien, arbeite wissenschaftsbasiert in acht Facharbeitsgruppen und verfolge das Ziel eines gesunden Meeres mit stabilen ökologischen Funktionen, das nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten ermögliche. Ob die Arbeit erfolgreich sei, lasse sich nur differenziert beantworten. Die regelmäßigen ganzheitlichen Bewertungen (Holistic Assessments, HOLAS), zuletzt HOLAS 3 für 2016 bis 2021, zeigten zwar Fortschritte, aber auch große Defizite, insbesondere beim Zustand der Artenvielfalt. Neue Rote Listen belegten, dass sich der Status mehrerer Arten seit 2013 weiter verschlechtert habe. Hinzu kämen deutliche Auswirkungen des Klimawandels, wie im gemeinsam mit Baltic Earth erarbeiteten Climate Change Fact Sheet dargestellt: steigende Wassertemperaturen, zurückgehende Eisdecke, veränderte Verbreitungsgebiete von Arten und mehr. Als zentralen Rahmen für Gegenmaßnahmen präsentierte Herr Stempel den 2021 aktualisierten Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan, BSAP), der bis 2030 insgesamt 199 Maßnahmen umfasse, darunter 35 für Biodiversität und fünf für Klimaanpassung. Ein Tracking der Fortschritte sei über das HELCOM Explorer Tool möglich. Der Ostseeaktionsplan werde das gute ökologische Zustand nicht bis 2030 herstellen können, aber er weise den Weg dorthin. HOLAS 3 habe klar gezeigt, dass Maßnahmen wirkten, sofern sie konsequent umgesetzt würden. Ohne Umsetzung drohe eine weitere Verschlechterung; mit Umsetzung könne die Resilienz des Ökosystems langfristig gestärkt werden, unterstrich Herr Stempel.

Um den Zustand der Artenvielfalt in der Ostsee zu verdeutlichen, gab Frau Dr. Sara Söderström von der Universität Stockholm einen Überblick über die Lage der Fischbestände und betonte, dass sich die wenigen kommerziell genutzten Arten seit 2015 deutlich negativ entwickeln würden. Die Bestände würden der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) unterliegen, deren wissenschaftliche Grundlage Frau Dr. Söderström anschaulich erläuterte: Die Europäische Kommission fordere zunächst eine Bestandsprognose an, der Internationale Rat für Meeresforschung (International Council for the Exploration of the Sea, ICES) sammle Daten und gebe eine Empfehlung ab. Daraufhin lege die Kommission einen Vorschlag für zulässige Fangmengen (Total Allowable Catches, TACs) vor, über den schließlich die Mitgliedstaaten im Ministerrat entscheiden würden. Frau Dr. Söderström wies auf die damit verbundenen zentralen Unsicherheiten hin: Modellschwächen, unklare Nachwuchsrekutierung sowie Fehl- oder Unterberichterstattung von Fängen. Ein wesentlicher Risikofaktor bestehe darin, dass politische Entscheidungen die wissenschaftlichen Empfehlungen regelmäßig übersteigen oder deren Einschränkungen nicht ausreichend berücksichtigt würden. Als Lösungsansätze nannte sie strengere TACs, ein konsequenteres Einhalten wissenschaftlicher Empfehlungen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Rahmenbedingungen. Erfolgreiche Beispiele für Bestandsaufbau zeigten, dass Erholung möglich sei: etwa beim Nordseehering nach einem fünfjährigen Fangstopp oder beim isländischen Hering, dessen Bestand sich nach drei Jahrzehnten vollständiger Fischereipause erholt habe.

In Bezug auf den Schutz von Fischbeständen wies der Abgeordnete des Parlaments von Åland Herr Simon Pavals auf die notwendigen Reformen in der Fischereipolitik. Er unterstrich, dass die Ostsee für Küstengemeinden nicht lediglich eine Ressource, sondern lebenswichtige Grundlage sei. Er betonte das Recht Ålands, eigene fischereipolitische Entscheidungen zu treffen, und schloss sich der schwedischen Position an, dass insbesondere die Schleppnetzfischerei die Fischbestände gefährde. Herr Pavals sprach sich für ein gemeinsames Management des Heringsbestands zwischen Schweden, Finnland, Norwegen und Åland aus. Zudem forderte er mehr Transparenz bei den Entscheidungsprozessen des ICES sowie eine klarere Darstellung, wie wissenschaftliche Empfehlungen zustande kommen würden. Im Mittelpunkt der zukünftigen Politik müsse konsequent das Vorsorgeprinzip stehen.

Vonseiten des Jugendforums richtete Herr Jonas Blendl, Student an der Universität Kiel und am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung, zwei zentrale Botschaften an die Konferenzteilnehmenden. Erstens müsse der Einsatz für den Schutz der Ostsee weiter verstärkt werden – jeder Tauchgang zeige erneut, wie kritisch der Zustand des Meeres sei. Zweitens forderte er, die Energie und das Engagement junger Aktivistinnen und Aktivisten als Ansporn statt Kritik zu verstehen. Die Jugend sei nicht gegen die Entscheidungsträgerinnen und -träger, sondern suche den Dialog und wolle mit ihrer Stimme gehört werden.

In einer darauffolgenden speziellen Sitzung zum Thema „Umweltfreundlicher Schiffsverkehr“ stellte der BSPC-Berichtersteller für integrierte Meerespolitik und Vorsitzender des Parlaments von Åland Herr Jörgen Pettersson seinen Bericht vor und betonte die zentrale Bedeutung der Schifffahrt für die Ostseeregion. Sie sei nicht nur ein Transportmittel, sondern Lebensader, sicherheitspolitische Frontlinie und potenzieller Motor für ökologische Innovation. Die Branche stehe an einem Schnittpunkt verschiedener globaler Herausforderungen – geopolitischer Spannungen, Klimawandels, digitaler Transformation und Energieabhängigkeiten – die sich besonders im Ostseeraum bündelten und den Weg für neue Lösungsansätze eröffnen würden. Herr Pettersson hob hervor, dass sich Handels- und Verkehrsströme derzeit stark verlagerten und die maritime Sicherheit angesichts verwundbarer Unterwasserinfrastruktur zunehmend in den Fokus rückte.

Gleichzeitig seien digitale und grüne Transformationen entscheidend für die Zukunft. Digitale Technologien würden die Schifffahrt nachhaltig verändern, während neue umweltfreundliche Antriebe wie elektrische Schiffe nur mit einer stabilen Energieversorgung voll wirksam werden könnten. Für die kommenden Jahre prognostizierte Herr Pettersson die Einführung autonomer Schiffe. Dafür müssten bereits heute passende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Versäumnisse bei der Modernisierung würden die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Region gefährden. Er schloss mit fünf zentralen Empfehlungen: Sicherheit priorisieren, Nachhaltigkeit zum Standard machen, systemisch denken, den Verkehr stärker auf nachhaltige Verkehrsträger verlagern und digitale Innovation aktiv fördern.

Im Anschluss stellte Herr Ulf Hagström, der Vizepräsident von Viking Line, seine Firma als führende Fährreederei im nördlichen Ostseeraum vor, die mit einer modernen Flotte nachhaltige und regelmäßige Verbindungen zwischen den Anrainerstaaten biete. Mit rd. 2.500 Beschäftigten sei Viking Line der größte maritime Arbeitgeber Finnlands und befördere jährlich etwa fünf Millionen Passagiere. Seit 15 Jahren senke das Unternehmen kontinuierlich den Treibstoffverbrauch und investiere in Effizienzsteigerungen über die gesamte Lebensdauer seiner Schiffe hinweg. Herr Hagström erläuterte, dass Viking Line mehrere Grüne Schifffahrtskorridore vorantreibe, darunter die Strecken Turku–Åland–Stockholm sowie Helsinki–Tallinn, und verstärkt auf erneuerbare Kraftstoffe und Elektrifizierung setze. Gleichzeitig sei der Übergang zu klimaneutralen Antrieben anspruchsvoll. Hohe Kosten für alternative Treibstoffe, unsichere Nachfrage, wirtschaftliche Risiken für Vorreiter sowie regulatorische Unsicherheiten erschwerten die Transformation. Er betonte, dass die maritime Energiewende nur gelingen könne, wenn Regulierungsbehörden als Ermöglicher auftreten und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen würden. Dies sei besonders wichtig angesichts neuer Vorgaben wie des EU-Emissionshandelssystems (seit 2024), FuelEU Maritime (ab 2025) und weiterer IMO-Regelungen ab 2028, die für Betreiber komplexe und teils widersprüchliche Anforderungen mit erheblichem bürokratischem Aufwand mit sich bringen würden.

Die ehemalige Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die nachhaltige maritime Wirtschaft des Ostseerates Frau Annabel Keerd erläuterte, dass während der estnischen Ostseeratspräsidentschaft 2024/2025 ein Bericht über digitale Zwillinge im Seeverkehr und grüne Schifffahrtskorridore im Ostseeraum (Baseline Report on Marine Digital Twins and Green Shipping Corridors in the Baltic Sea Region) erarbeitet worden sei. Sie führte aus, ein maritimer digitaler Zwilling (Marine Digital Twin) sei ein virtuelles Abbild der maritimen Umwelt, das meeresbezogene Aktivitäten simulieren, analysieren und optimieren könne. Ein grüner Schifffahrtskorridor (Green Shipping Corridor) hingegen bezeichne eine nachhaltigkeitsorientierte Schifffahrtsroute, die ökologische Lösungen für Schiffe, Hafenbetrieb, Meeresumwelt und Küstengemeinden in den Mittelpunkt stelle. Im Ostseeraum gebe es bereits mehrere maritime digitale Zwillinge – etwa Baltic Data Flows, SeaDataNet sowie nationale Projekte wie FINMARI oder Symphony. Diese digitalen Zwillinge könnten als Kooperationsplattform dienen, wissenschaftsbasierte Politik unterstützen, Ressourcen effizienter nutzen, die geopolitische Sicherheit stärken und die regionale Zusammenarbeit vertiefen. Gleichzeitig bestünden Herausforderungen wie fragmentierte Datensysteme, fehlende grenzüberschreitende Rechtsrahmen, unzureichende Finanzierung und Fragen der Cybersicherheit. Auch grüne Schifffahrtskorridore könnten Innovation vorantreiben und die maritime Wirtschaft stärken. Doch auch hier gebe es Hindernisse, darunter unklare regulatorische Rahmenbedingungen, finanzielle Engpässe und begrenzte Energieressourcen.

Abschließend betonte Frau Keerd, dass praktische Kooperation im maritimen Bereich für Sicherheit und Verteidigung der Region zentral sei. Der Ostseeraum könne hier eine Vorreiterrolle einnehmen, sofern gemeinsame Ziele definiert, strategische Investitionen getätigt und intelligente Regulierungen vorangetrieben würden.

### **Dritter Sitzungsabschnitt: Energieversorgungssicherheit und Schutz der Infrastruktur im Ostseeraum**

Die dritte Sitzung der 34. Jahreskonferenz der BSPC in Mariehamn war der Vorstellung des Abschlussberichts der BSPC-Arbeitsgruppe für Energiesicherheit und -unabhängigkeit, Resilienz und Konnektivität gewidmet. Der Arbeitsgruppenvorsitzende Herr Andris Kulbergs, Abgeordneter des Parlaments von Lettland betonte, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine tiefgreifende Schwachstellen im Ostseeraum offenbart habe, und forderte dringende gemeinsame Maßnahmen. Herr Kulbergs präsentierte die zentralen Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die in zwei Jahren intensiver parlamentarischer Zusammenarbeit erzielt wurden. So fordere die Arbeitsgruppe einen beschleunigten Übergang von fossilen Brennstoffen, Investitionen in Offshore-Windkraft und Wasserstoff, verstärkte grenzüberschreitende Energieverbindungen und die Schaffung eines regionalen Marktes für erneuerbare Energien. Außerdem dränge sie auf die Einrichtung eines Koordinierungszentrums für die Sicherheit im Seeverkehr in der Ostsee, eine verbesserte digitale Infrastruktur und Cybersicherheit, gemeinsame Lagerkapazitäten und schnelle Reparaturkapazitäten sowie strengere Sanktionen und Inspektionsregelungen gegen die Schattenflotte. „Der Krieg Russlands hat Schwachstellen in unserer gesamten Region offenbart. Die beste Antwort darauf ist eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Digitalisierung und Verkehrsanbindung“, betonte Herr Kulbergs in seiner Rede. Er schloss mit den Worten: „Unsere Empfehlungen erfordern dringende und koordinierte Maßnahmen von Regierungen, regionalen Institutionen und EU-Gremien. Lassen Sie uns gemeinsam Worte in Taten umsetzen.“

Im Anschluss an die Präsentation ging eine Expertenrunde näher auf die bevorstehenden Herausforderungen und Chancen ein. Frau Marlen Rein vom NATO-Kompetenzzentrum für Energiesicherheit ging in ihrer Präsentation auf die strategische Bedeutung von Resilienz und Vorsorge ein. Sie hob den engen Zusammenhang zwischen Energie- und Cybersicherheit hervor und betonte, dass beide Bereiche in einer wechselseitigen Abhängigkeit stünden. Aktuelle Entwicklungen gäben Anlass zur Sorge, insbesondere wachsende Cybersicherheitsrisiken im Zusammenhang mit importierten Solarwechselrichtern aus China. Solche Schwachstellen könnten im schlimmsten Fall sowohl die persönliche Sicherheit als auch die nationale Sicherheit erheblich gefährden. Frau Rein verwies zudem auf geopolitische Abhängigkeiten in der Energiewirtschaft und stellte fest, dass China eine dominierende Rolle in der Herstellung von Wind- und Solartechnologien einnehme und derzeit etwa doppelt so viel in den Energiesektor investiere als die Europäische Union. Zur Stärkung der zukünftigen Energiesicherheit skizzierte sie sechs zentrale Handlungsfelder: die Koordinierung und Entwicklung gemeinsamer regionaler Gegenmaßnahmen, die Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung auf politischer, technischer, industrieller und gesellschaftlicher Ebene, einen ganzheitlichen Ansatz mit Risiko-Nutzen-Abwägungen, robusten Cybersicherheitsmaßnahmen, Diversifizierung und vertrauenswürdigen Lieferketten sowie der Unterstützung heimischer Industrien.

Weitere zentrale Elemente seien die konsequente Berücksichtigung der Symbiose von Cyber- und Energiesicherheit sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Abschließend verwies Frau Rein auf die Bedeutung internationaler Expertise und Kooperation, insbesondere durch das NATO-Kompetenzzentrum für Energiesicherheit in Vilnius.

Herr Anders Wiklund, Experte bei der Firma OX2, die Projekte in den Bereichen Onshore- und Offshore-Windenergie, Solarenergie und Energiespeicherung entwickle und betreibe, stellte das Sicherheitskonzept von OX2 (OX2 Security Concept) vor. Herr Wiklund erläuterte, dass im Vorfeld der Konzeptentwicklung Konsultationen mit Sachverständigen sowie militärischen Expertinnen und Experten durchgeführt worden seien. Er betonte, dass Offshore-Windenergie nicht als sicherheitspolitische Schwachstelle verstanden werden sollte, sondern vielmehr Chancen für Sicherheit und Überwachung eröffnen könne. Für reale Tests sei ein Windpark in Lilla Båtskären südlich der Ålandinseln als Standort ausgewählt worden. Im Rahmen der Tests seien u. a. ein mobiles Radarsystem mit einer Reichweite von 40 Kilometern, mobile Kameras sowie ein Unterwasser-Monitoringsystem eingesetzt worden. Über einen Zeitraum von drei Wochen seien mehr als 200 unterschiedliche Bedrohungsszenarien, darunter auch Ankerabwurf und -schleifen, getestet worden. Die Ergebnisse seien den zuständigen Behörden in drei Ländern vorgestellt worden. Als Fazit hob Herr Wiklund hervor, dass Offshore-Monitoring die Lagebilderfassung in abgelegenen Seegebieten deutlich verbessern könne – die notwendige Technologie und die verfügbaren Daten seien bereits vorhanden, entscheidend sei letztlich der politische Wille zu ihrer Nutzung.

Der Direktor von Copenhagen Infrastructure Partners, einer dänischen Investmentfirma, die sich auf Infrastrukturinvestitionen, insbesondere Windkraft, spezialisiert, Herr Thomas Koopmann betonte, dass das zukünftige Energiesystem auf erneuerbaren Energien basieren werde und aufgrund ihrer natürlichen Schwankungen inhärent auf Resilienz ausgelegt sei. Die dezentrale Struktur eines solchen Systems erhöhe seine Widerstandsfähigkeit, da es nicht durch Angriffe auf einzelne Anlagen leicht gestört werden könne. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass diese Form der Energieversorgung in hohem Maße von Cybersicherheit und Redundanzen abhängen. Ein zentraler Erfolgsfaktor sei zudem der Ausbau der Übertragungsnetze, an dem sein Unternehmen aktiv arbeite. Dafür seien erhebliche Investitionen erforderlich, die private Investoren allein nicht tragen könnten, da es sich um kapitalintensive Projekte mit langfristigen Renditeperspektiven handle. Herr Koopmann unterstrich daher die Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung in der Pilot- und Anfangsphase, um den Ausbau der Infrastruktur zu ermöglichen und die Energiewende nachhaltig voranzubringen.

Bezug nehmend auf aktuelle hybride Bedrohungen stellte Herr Jukka Savolainen die Arbeit des Europäischen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen (European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats, Hybrid CoE) in Helsinki vor. Das Kompetenzzentrum sei eine seit 2017 bestehende, autonome und netzwerkbasierte internationale Organisation, die von EU, NATO und beteiligten Staaten gemeinsam getragen werde. Herr Savolainen ging insbesondere auf Vorfälle des sogenannten „Ankerschleifens“ in der Ostsee ein und erläuterte, dass diese – sofern sie als hybride Operationen zu werten seien – mehreren Zielen dienen könnten: dem Testen von Sabotagemethoden und staatlichen Reaktionsmechanismen, der Demonstration von Schadenspotenzial, der Schaffung kalkulierbarer Eskalationspfade sowie der Untergrabung der regelbasierten internationalen Ordnung, insbesondere des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS).

Herr Savolainen wies darauf hin, dass die bisherigen Reaktionen der demokratischen Ostseestaaten begrenzt gewesen seien, da rechtsstaatliche Verfahren Zeit benötigten und es an Möglichkeiten fehle, böswillige Absicht eindeutig nachzuweisen. Einzelne Vorfälle stellten für sich genommen keine gravierende Bedrohung dar, doch eine Kombination mehrerer gleichzeitiger Sabotageakte, etwa an Pipelines, verbunden mit groß angelegten Cyberangriffen, könne erhebliche Risiken bis hin zu einem europaweiten Stromausfall bergen und als Eskalationsplattform dienen. Abschließend hob er die Operation Baltic Sentry als wichtigen politischen Erfolg hervor und betonte, dass im Falle von Eskalationen eine möglichst breite internationale Zusammenarbeit entscheidend sein werde.

Über legale Fragen in Verbindung mit internationalem Seerecht berichtete im Anschluss Herr Henrik Ringbom, Professor für Seerecht an der Åbo Akademi in Finnland und am Skandinavischen Institut für Seerecht an der Universität Oslo. Herr Ringbom erläuterte die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS), das von der überwiegenden Mehrheit der Staaten anerkannt sei, zugleich jedoch – wie jedes internationale Regelwerk – nicht alle denkbaren Sachverhalte vollständig erfasse. Für die Ostsee gebe es keine Hohe See oder rechtsfreien Räume, sondern ausschließlich Küstemeere und ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ). Im Mittelpunkt seines Vortrages stand die Frage, ob und in welchem Umfang Staaten gegen Schiffe vorgehen könnten, die im Verdacht stünden, kritische Infrastruktur in der AWZ zu sabotieren oder sabotiert zu haben. Herr Ringbom stellte klar, dass Staaten grundsätzlich das Recht hätten, Untersuchungen einzuleiten, auch wenn diese nicht zwangsläufig zu strafrechtlichen Verurteilungen führten, da hierfür der Nachweis einer vorsätzlichen Schädigungsabsicht erforderlich sei. Neben strafrechtlichen Optionen kämen auch zivilrechtliche Haftungs- und Entschädigungsmechanismen in Betracht. Ziel sei dabei, deutlich zu machen, dass solches Verhalten nicht toleriert werde. Herr Ringbom unterstrich, dass es in seinen Betrachtungen ausdrücklich um mutmaßliche Sabotagehandlungen und nicht um die Schattenflotte im Allgemeinen gehe. Obwohl UNCLOS keine expliziten Regelungen für derartige Fälle enthalte, dürfe diese Lücke nicht so ausgelegt werden, als erlaube das internationale Seerecht Sabotageaktionen. Die Freiheit der Schifffahrt sei kein absolutes Recht, sondern diene dem Schutz einer friedlichen Ordnung der Meere und nicht kriminellen Handlungen. UNCLOS sei zudem als dynamischer Vertrag weiterentwickelbar. Da es bislang kaum einschlägige Rechtsprechung gegeben habe, müsse die Rechtmäßigkeit staatlichen Handelns stets im Einzelfall geprüft werden, unter Berücksichtigung von Ort und Durchsetzung der Maßnahmen, Schwere des Verdachts, Beweislage sowie der Verhältnismäßigkeit von eingesetzten Mitteln.

#### **Vierter Sitzungsabschnitt: Wahrung von Demokratie und Stabilität im Ostseeraum**

Im Rahmen der vierten Sitzung warnten die Teilnehmenden, dass die Sicherung der Demokratie und Stabilität in der Region nicht länger ein abstraktes Anliegen, sondern eine tägliche politische Aufgabe sei.

So hob der ehemalige Präsident von Lettland Herr Egils Levits hervor, dass sich die geopolitische Lage drastisch verändert habe, und identifizierte drei zentrale Herausforderungen. Erstens habe Russland eine aggressive, imperialistisch geprägte Politik angenommen, die sich nicht nur in militärischer Präsenz und Manövern, sondern auch in Desinformation, hybrider Kriegsführung, Cyberangriffen und Sabotage äußere. Diese Strategie beruhe auf der Annahme, dass Unsicherheit die Macht von Russland festige und dem Land strategische Vorteile verschaffe.

Zweitens verwies Herr Levits auf zunehmende Spaltung im Westen einschließlich wachsender autoritärer Tendenzen, etwa in den USA, sowie auf die Erosion gemeinsamer Werte und eines faktenbasierten Verständnisses von Recht und Politik. Drittens sprach er von einer Krise der liberalen Demokratie, die Russland gezielt ausnutze, indem öffentliche Diskurse – das Herzstück demokratischer Gesellschaften – durch Desinformation untergraben würden, häufig auch durch gutgläubige Akteure. Digitale Plattformen verstärkten diese Entwicklung, indem sie Aufmerksamkeit fragmentierten und alternative Realitäten begünstigten, die sich von wissenschaftlich fundierter, evidenzbasierter Rationalität entfernten. Als Antwort auf diese Herausforderungen forderte Herr Levits, dass Europa zu einem eigenständigen globalen Akteur werden müsse. Auch wenn die transatlantische Zusammenarbeit weiterhin wichtig sei, könne Europa seine Sicherheit nicht länger primär auf die USA stützen und müsse sich aus selbst auferlegten Abhängigkeiten lösen. Gegenüber Russland sei eine glaubwürdige Abschreckung notwendig, die auch die Unterstützung der Ukraine einschließe, um Frieden zu sichern. Anzeichen für ein wachsendes Bewusstsein für diese Notwendigkeiten seien bereits erkennbar. Deutlich schwieriger sei jedoch der Umgang mit der Erosion demokratischer Strukturen. Hier plädierte Herr Levits für eine bessere Politikgestaltung, den Abbau sozialer Ungleichheiten und eine verbesserte politische Kommunikation, äußerte jedoch zugleich Skepsis hinsichtlich einfacher Lösungen und verwies darauf, dass Alternativen zur liberalen Demokratie kaum überzeugende Perspektiven böten.

Der ehemalige Außenminister Finnlands Herr Pekka Haavisto erinnerte an den 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und stellte fest, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert habe. Während der „Geist von Helsinki“ einst darauf abgezielt habe, Staaten im Sinne von Frieden und Zusammenarbeit zusammenzuführen, sei es heute deutlich schwieriger geworden, diese Werte aufrechtzuerhalten. Europa befinde sich an der Schwelle zu einer neuen Ordnung, deren Konturen noch unklar seien. Unmissverständlich bleibe jedoch das Prinzip, dass europäische Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürften und dass jedes Land das Recht habe, seine Bündnisse frei zu wählen. Die Angst vor Krieg laste schwer auf der Region. Zugleich betonte Herr Haavisto, dass trotz der aktuellen Eskalation die Frage nach der Zeit danach nicht ausgeblendet werden dürfe, auch wenn sie derzeit kaum beantwortbar erscheine. Selbst im Krieg sei es notwendig, Eskalationen einzudämmen. Abschließend wies er darauf hin, dass Umwelt- und Klimaherausforderungen unabhängig von geopolitischen Konflikten bestehen blieben und weiterhin entschlossenes Handeln erforderten.

Mit Blick auf die durch Herrn Leevits angesprochene Erosion der demokratischen Ordnung betonte der Abgeordnete des Sejms der Republik Polen Herr Jarosław Wałęsa, dass die liberale Demokratie trotz ihrer Unzulänglichkeiten die beste verfügbare Staatsform sei und daher aktiv verteidigt werden müsse – insbesondere durch die Einbindung und Stärkung junger Menschen. Zwar werde häufig argumentiert, dass liberale Demokratien mit dem rasanten technologischen Wandel nur schwer Schritt halten könnten, dennoch müsse der erreichte Fortschritt anerkannt werden. Herr Wałęsa verwies darauf, dass es den Ostseestaaten gelungen sei, ihre Energie- und Stromnetze von Abhängigkeiten gegenüber Russland zu lösen und in Verteidigungsfragen zunehmend mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Zugleich stellte er die kritische Frage, ob neben dem Ausbau äußerer Schutzmaßnahmen auch die tragenden Säulen der Demokratie ausreichend gestärkt worden seien. Er forderte eine höhere Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen sowie gezielte Investitionen in demokratische Institutionen und politische Bildung. Eine aufgeklärte und gut informierte Bevölkerung sei der wirksamste Schutz gegen autoritäre Einflussnahme. Sicherheit müsse ganzheitlich verstanden werden und erfordere eine integrierte Ostseestrategie, in der staatliche und gesellschaftliche Akteure eng zusammenarbeiteten.

Abschließend rief Herr Wałęsa dazu auf, das gemeinsame Bekenntnis nicht nur zur militärischen Verteidigung, sondern auch zur gesellschaftlichen Resilienz zu erneuern und demokratische Institutionen durch Dialog und Vertrauen zu stärken.

In der darauffolgenden Podiumsdiskussion erörterten die Redner, wie Demokratien unter Druck sowohl inklusiv als auch entschlossen bleiben könnten. Herr Levits warnte vor unrealistischen Erwartungen, die zu Frustrationen führen könnten. Herr Haavisto mahnte, dass die demokratische Aufmerksamkeit für den Klimawandel nicht Sicherheitsbedenken geopfert werden dürfe, und wies auf die Gefahren der Untätigkeit in Zeiten der Unsicherheit hin. Herr Wałęsa betonte, dass Rechte und Pflichten Hand in Hand gehen würden und dass aktives bürgergesellschaftliches Engagement die Grundlage für Resilienz bilden würde. Abschreckung müsse durch Diplomatie unterstützt werden, und Diplomatie könne nur dann glaubwürdig sein, wenn sie durch die wirtschaftliche und militärische Stärke Europas gestützt werde.

### **Fünfter Sitzungsabschnitt: Die Zukunft der Ostseeregion – Chancen und Herausforderungen**

Die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz schloss ihr inhaltliches Programm mit einer breit angelegten Debatte über die Zukunft der Region ab. Auch der Ostseerat müsse sich angesichts der neuen geopolitischen Lage neu ausrichten, so der ehemalige Präsident von Estland, Herr Toomas Hendrik Ilves. Er stellte in diesem Zusammenhang einen Bericht zur Zukunft des Ostseerates vor, den er gemeinsam mit Herrn Gabrielius Landsbergis für den estnischen CBSS-Vorsitz erarbeitet habe. Der Bericht gehe auf die Erklärung von Porvoo aus dem Jahr 2024 zurück und sei vor dem Hintergrund tiefgreifender geopolitischer Veränderungen in der Region erarbeitet worden. Herr Ilves erinnerte daran, dass sich der Ostseeraum zur Zeit der Gründung des Ostseerates grundlegend anders dargestellt habe. Mehrere Staaten hätten sich gerade erst von der sowjetischen Herrschaft befreit und lediglich Dänemark, Deutschland und Norwegen seien NATO-Mitglieder gewesen. Inzwischen seien alle Ostseeanrainer in zwei zentrale Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen integriert – die institutionellen Strukturen des Ostseerates hätten sich seither jedoch kaum verändert. Vor diesem Hintergrund sei der Bericht zur Zukunft des Ostseerates initiiert worden, der innerhalb von fünf Monaten in engem Austausch mit allen Außenministerinnen und -ministern der Mitgliedstaaten sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der EU erarbeitet worden sei. Alle Befragten hätten ihre Sorge über die Verschlechterung der Sicherheitslage seit 2014, insbesondere aber seit 2022, zum Ausdruck gebracht und dabei vor allem hybride Bedrohungen wie Sabotage, Schattenflottenaktivitäten, Desinformation und GPS-Störungen hervorgehoben. Einigkeit habe darüber bestanden, dass Sicherheitsfragen derzeit die zentrale Herausforderung darstellten und dass dem Ostseerat bislang die notwendigen Instrumente fehlten, um auf diese neuen Bedrohungen angemessen zu reagieren. Hybride Operationen lägen häufig unterhalb der Schwelle klassischer Bündnismechanismen wie der Artikel 4 oder 5 der NATO und könnten auch durch bestehende EU-Instrumente nur begrenzt adressiert werden. Der Bericht habe daher zwei Optionen aufgezeigt: entweder eine Auflösung des Ostseerates oder eine strategische Neuausrichtung der Organisation mit einem klaren Fokus auf die veränderten geopolitischen Realitäten und die sicherheitspolitischen Anliegen der Mitgliedstaaten. Empfohlen worden sei Letzteres, eine Position, der sich die Außenministerinnen und -minister angeschlossen hätten und die an die nachfolgende polnische Präsidentschaft weitergegeben worden sei.

Daher empfehle der Bericht eine stärkere Fokussierung auf Sicherheitsfragen und den Schutz kritischer Infrastruktur sowie Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte, die Instrumentalisierung illegaler Migration und gegen weitere hybride Bedrohungen wie GPS-Störungen, Desinformationskampagnen und Cyberangriffe.

Im Anschluss bekräftigte Frau Katarzyna Barcikowska, Vorsitzende des Ausschusses der Hohen Beamten des Ostseerates, die führende Rolle Polens bei der Reform der Organisation. Sie nannte drei zentrale Prioritäten: den Schutz kritischer Infrastruktur und die Stärkung der Sicherheit, die Förderung von grüner Schifffahrt und Biodiversität sowie die Stärkung der regionalen Identität durch Jugend- und Kulturzusammenarbeit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe den Rahmen der regionalen Zusammenarbeit grundlegend verändert und mache Solidarität sowie die Unterstützung und Integration der Ukraine zu zentralen Aufgaben des CBSS. Zugleich hob sie hervor, dass der Ostseerat in den vergangenen drei Jahrzehnten maßgeblich zum Aufbau enger regionaler Bindungen beigetragen habe. Angesichts der veränderten Sicherheitslage im Ostseeraum müsse der CBSS neu ausgerichtet werden, um Resilienz zu stärken, junge Menschen stärker einzubinden und die Zusammenarbeit insbesondere beim Schutz unterseeischer Infrastruktur zu intensivieren. Polen setze sich für die Fortführung der praktischen Zusammenarbeit entlang der bestehenden Prioritäten ein, unterstütze die Ukraine ausdrücklich und befürworte die Weiterarbeit aller bestehenden Arbeitsgruppen des CBSS.

Zwei Expertenbeiträge beleuchteten anschließend die demokratische Dimension der aktuellen unsicheren Zeiten. Frau Alice Stollmeyer, Geschäftsführende Direktorin von Defend Democracy, warnte eindringlich vor einer „dreifachen Herausforderung“: hybride Kriegsführung, zunehmender Rechtsextremismus und die Dominanz globaler Technologieplattformen. Sie erinnerte an Proteste im Jahr 2017 gegen russische Einflussnahme auf Wahlen in den USA und Europa und stellte fest, dass sich die Lage acht Jahre später weiter verschärft habe. Unter der aktuellen Trump-Administration unterstützten die USA offen Eingriffe in europäische Informationsräume, diskreditierten europäische Regulierungen wie das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) als Zensur und nutzten wirtschaftlichen Druck, etwa durch die Androhung von Strafzöllen. In Wahrheit gehe es dabei nicht um den Schutz der Meinungsfreiheit, sondern um die gezielte Kontrolle von Informationsökosystemen durch Algorithmen. Frau Stollmeyer sprach von einem schleichenden Angriff auf die Demokratie und kritisierte den Glauben, kritisches Denken oder freiwillige Gespräche mit Plattformbetreibern reichten aus. Europa müsse dringend entschlossener handeln, um Demokratie gegen Propaganda, Desinformation und die Instrumentalisierung digitaler Plattformen zu verteidigen. Das Zeitfenster dafür schließe sich rasch, zumal eine weitere Eskalation russischer Aggression in Europa nicht ausgeschlossen sei.

Frau Åsa Wikforss, Professorin für Philosophie an der Universität Stockholm und Mitglied der Schwedischen Akademie, analysierte die tiefgreifenden Herausforderungen für Meinungsfreiheit und Demokratie im aktuellen Informationsumfeld. Ausgangspunkt war die Beobachtung einer weltweiten Autokratisierung, bei der demokratische Mittel genutzt werden, um demokratische Systeme von innen heraus zu untergraben. In einer hochgradig fragmentierten Medienlandschaft sinke das Vertrauen in etablierte Medien, während falsche und irreführende Informationen stark zunehmen würden. Klassische journalistische Gatekeeper seien weitgehend verdrängt worden; an ihre Stelle träten Algorithmen, die besonders polarisierende oder unzuverlässige Inhalte verstärkten.

In diesem Zusammenhang verwies Frau Wikforss auf das Paradox der Toleranz. Eine offene Gesellschaft könne es sich nicht leisten, uneingeschränkte Intoleranz zu dulden, wenn diese darauf abziele, die offene Ordnung selbst zu zerstören. Zugleich betonte sie, dass es sich nicht um ein unauflösbares Dilemma handeln müsse. Verbesserungen des Informationsumfeldes seien möglich, ohne die Meinungsfreiheit grundsätzlich einzuschränken. So empfehle der Expertenbericht des Internationalen Gremiums für Informationsumgebung (International Panel on the Information Environment, IPIE) aus dem Jahr 2024 systemische Maßnahmen zur Stärkung des Informationsraums, darunter die Förderung unabhängiger Medien, den Ausbau von Medienkompetenz sowie eine konsequentere Inhaltsmoderation bis hin zum Ausschluss wiederholt desinformierender Akteure. Zudem werde vorgeschlagen, digitale Plattformen regulatorisch stärker in die Verantwortung zu nehmen und sie eher als publizistische Akteure denn als neutrale Distributoren zu behandeln. Abschließend hob Frau Wikforss hervor, dass Meinungsfreiheit ohne gesicherte Faktenbasis leerlaufe. In Anlehnung an Hannah Arendt argumentierte sie, dass Meinungsfreiheit nur dann sinnvoll sei, wenn verlässliche Informationen gewährleistet seien – ein zentraler Auftrag für die Erneuerung demokratischer Gesellschaften im digitalen Zeitalter.

### **Abschluss der Jahreskonferenz und Verabschiedung von Generalsekretär Herrn Bodo Bahr**

Zum Schluss der Jahreskonferenz wurden mehrere zentrale Beschlüsse gefasst. Die Teilnehmenden verabschiedeten eine Änderung des BSPC-Statuts, mit der das Rotationsprinzip für den Vorsitz eingeführt wurde, und billigten zudem den Beobachterstatus für drei polnische Regionalparlamente: Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern, die bereits seit mehreren Jahren neben dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern, dem Landtag Schleswig-Holstein und der Hamburgischen Bürgerschaft Mitglieder im Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) sind.

Darüber hinaus wurde die Einrichtung einer neuen BSPC-Arbeitsgruppe für die Stärkung der Cyber- und Informationsresilienz zur Förderung der Demokratie beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde der Abgeordnete des estnischen Riigikogu Herr Meelis Kiili ernannt. Ziel der neuen Arbeitsgruppe sei es, so Herr Kiili, durch Zusammenarbeit, Wissensaustausch sowie gemeinsame Instrumente und bewährte Verfahren die Gesellschaften im Ostseeraum besser gegen vielfältige Bedrohungen zu schützen. Dabei sollen zwei Schwerpunkte verfolgt werden: Cybersicherheit sowie die Stärkung der Demokratie gegenüber Missbrauch und Instrumentalisierung.

Abschließend wurde die Konferenzresolution formell angenommen.

In ihrer Rede als neue Präsidentin der BSPC betonte Frau Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, die besondere Verantwortung der parlamentarischen Zusammenarbeit im Ostseeraum in einer Zeit, in der demokratische Strukturen und Kooperation zunehmend unter Druck stünden. Sie dankte dem scheidenden Generalsekretär Bodo Bahr für seine engagierte Arbeit und verwies auf die intensiven Diskussionen der vergangenen Monate über die zukünftige Ausrichtung der BSPC. Herbst unterstrich die Notwendigkeit, dass sich die BSPC kontinuierlich an neue Herausforderungen anpasse, dabei aber ein offenes und verlässliches Forum für Dialog und Zusammenarbeit bleibe. Entscheidend seien eine starke Dialogkultur, gemeinsames Wissen sowie Offenheit für neue Impulse und Ideen. Erfolg sei nur möglich, wenn die Region geschlossen auftrete.

Besonderes Augenmerk legte sie auf die junge Generation, die unter Bedingungen steigender Unsicherheit aufwachse und deren Perspektiven stärker einbezogen werden müssten. Unter dem Leitmotiv „Youth.Set.Sail – Für eine florierende Ostseeregion“ stehe die Jugend im Mittelpunkt der schleswig-holsteinischen BSPC-Präsidentschaft 2025/2026.

Die 34. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn endete mit einem emotionalen Abschied von Generalsekretär Herrn Bodo Bahr, wobei seine langjährigen Dienste und sein großer Einfluss auf die BSPC gewürdigt wurden. In seiner Laudatio erinnerte der ehemalige Präsident der BSPC, Herr Jānis Vucāns, an die Ernennung von Herrn Bodo Bahr zum BSPC-Generalsekretär am 1. Oktober 2014 und hob dessen mehr als 45-jährige parlamentarische Laufbahn hervor, darunter 33 Jahre im Deutschen Bundestag und im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von über einem Jahrzehnt als Generalsekretär der BSPC. Herr Vucāns betonte, dass Herrn Bahrs Führungsrolle das Sekretariat und die Konferenz selbst grundlegend geprägt habe, und stellte fest, dass sein Name zum Synonym für die BSPC geworden sei. Er lobte sein fundiertes Fachwissen, insbesondere in der Klima- und Biodiversitätspolitik, sowie sein außergewöhnliches institutionelles Gedächtnis, das für Kontinuität und Stabilität gesorgt habe. Herr Vucāns schloss mit einer persönlichen Würdigung, in der er die vertrauensvolle Zusammenarbeit und das bleibende Vermächtnis von Herrn Bahr hervorhob.

In seiner Abschiedsrede blickte Herr Bodo Bahr auf fast fünf Jahrzehnte parlamentarischer Arbeit zurück, die er als Rückgrat der Demokratie und Freiheit bezeichnete. Er erinnerte an prägende Erfahrungen aus seiner frühen Karriere in einem geteilten Deutschland und betonte, dass solche Spaltungen „niemals, niemals wieder“ zugelassen werden dürften. Im Rückblick auf seine Zeit bei der BSPC hob Herr Bahr die wachsende Einheit und den Einfluss der Konferenz hervor, darunter auch ihren Erfolg bei der Einbindung von Regierungen und Staatshäuptern. Er ermutigte die BSPC, weiterhin auf ihrer Stärke und ihrem Konsens aufzubauen. Mit einem Zitat seines Vaters schloss Herr Bahr, dass wahre Erfolge immer das Ergebnis von Engagement sind, und beendete seine Rede mit den Worten: „Es war mir eine Freude und eine Ehre.“

Die 35. Ostseeparlamentarierkonferenz wird vom 30. August bis 1. September 2026 in der Hansestadt Lübeck stattfinden.



## Entschließung der Konferenz

### **Amtlicher Entwurf – auf der Grundlage der von der Sitzung des Redaktionsausschusses der BSPC am 24. August 2025 erzielten einvernehmlichen Einigung**

Angenommen von der 34. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) am 26. August 2025.

Die Teilnehmenden, die gewählten Vertreter

des Parlaments Dänemarks  
des Parlaments Estlands  
des Parlaments Finnlands  
des Parlaments der Bundesrepublik Deutschland  
des Parlaments Islands  
des Parlaments Lettlands  
des Parlaments Litauens  
des Parlaments Norwegens  
des Parlaments Polens  
des Parlaments Schwedens  
des Parlaments Ålands  
der Bremischen Bürgerschaft  
des Parlaments der Färöer  
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg  
des Parlaments Grönlands  
des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern  
des Landtags von Schleswig-Holstein  
der Baltischen Versammlung  
des Europäischen Parlaments  
des Nordischen Rats

die am 26. August 2025 in Mariehamn, Åland-Inseln, zusammengekommen sind,

- bekunden ihre nachdrückliche und bedingungslose Unterstützung für das grönländische Volk und sein unveräußerliches Recht, selbst über sein Land und seine Zukunft zu entscheiden, was ein grundlegendes und unverletzliches Prinzip des Völkerrechts darstellt,
- erkennen die sich verstärkenden geopolitischen, ökologischen und sozioökonomischen Herausforderungen im Ostseeraum an, die ein erneutes Bekenntnis zu multilateraler Zusammenarbeit, demokratischer Resilienz und nachhaltiger Entwicklung erfordern,

- begrüßen die vom Ostseerat 2025 in Vihula (Estland) verabschiedete Ministererklärung (<https://cbss.org/ministerialdeclaration2025>) sowie die im Rahmen von VASAB 2025 in Tallinn verabschiedete Ministererklärung zur räumlichen Resilienz ([https://vasab.org/wp-content/uploads/2025/07/VASAB\\_Ministerial\\_Tallinn\\_Declaration\\_on\\_Spatial\\_Resilience.pdf](https://vasab.org/wp-content/uploads/2025/07/VASAB_Ministerial_Tallinn_Declaration_on_Spatial_Resilience.pdf)),
- betonen die gemeinsamen Prioritäten, die in demokratischem Zusammenhalt, gesellschaftlicher Resilienz und einer gestärkten regionalen Sicherheit im Einklang mit den Zielen der BSPC bestehen,
- bekräftigen ihr unerschütterliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine,
- unterstützen die Bemühungen der Ukraine um eine EU-Mitgliedschaft,
- bekunden ihre große Besorgnis über die jüngsten hybriden Angriffe und Sabotageakte, die gegen Unterwasserinfrastrukturen gerichtet sind, die Verstärkung der Operationen von Schattenflotten und die wachsende Gefahr durch veraltete und nicht versicherte Handelsschiffe, die in der Ostsee verkehren,
- erkennen die Fortschritte an, die im Rahmen der zwischenstaatlichen Koordinierung, darunter bei den Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter der NATO in Helsinki (14. Januar 2025), der Unterzeichnung der Vereinbarung über den Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur in der Ostsee (16. Mai 2025), der Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Sicherheit im Ostseeraum (5. Juni 2025) und dem NATO-Gipfel in Den Haag (24. bis 26. Juni 2025), erzielt wurden,
- unterstreichen angesichts der Fortschritte, die im Rahmen des Gipfels am 14. Januar 2025 in Helsinki und der darauf folgenden Initiativen erzielt wurden, die Gültigkeit der wiederholten Forderungen der BSPC nach einem institutionalisierten Dialog auf Gipfebene zwischen den demokratischen Regierungsoberhäuptern des Ostseeraums,
- erinnern in Anbetracht der geopolitischen Entwicklungen, die sich in diesem Jahr vollziehen, daran, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte grundlegende und nicht verhandelbare Kernwerte der BSPC darstellen,
- bekunden erneut die Notwendigkeit, verletzte Gruppen zu schützen, die Rechte von Flüchtlingen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ-Personen, Frauen, Kindern, älteren Menschen und anderen verletzlichen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten sowie die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten,
- betonen, wie entscheidend wichtig eine wirksame Diplomatie, auch zwischen den Parlamenten, als Eckpfeiler für Stabilität, Konfliktverhütung und nachhaltige Zusammenarbeit ist,
- betonen mit aller Deutlichkeit, dass die internationale Zusammenarbeit – auch zwischen Partnern innerhalb eines gemeinsamen Rahmens der kollektiven Verteidigung – auf den Grundsätzen der nationalen Souveränität, territorialen Integrität, demokratischen Regierungsführung und uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts beruhen muss,
- betonen die grundlegende Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen demokratischen Institutionen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft für die Wahrung von Freiheit, Stabilität und Wohlstand im Ostseeraum,
- nehmen mit Interesse Kenntnis von den ehrgeizigen Zielen des unlängst vorgestellten Europäischen Paktes für die Meere und dem Schwerpunkt auf der Koordinierung und Verstärkung der Umsetzung aller meeresbezogenen Politikmaßnahmen zur Verbesserung des Schutzes und der Wiederherstellung der Gesundheit der Meere,

- begrüßen insbesondere die im Pakt für die Meere bekundete konkrete und dringende Priorität, den schlechten Zustand der Ostsee anzugehen, eine hochrangige Veranstaltung abzuhalten und die Zusammenarbeit mit bestehenden regionalen Gremien wie HELCOM zu stärken,
- erkennen an, dass der Rückgang der Fischbestände in der Ostsee eine Bedrohung für das Ökosystem, die Lebensgrundlage der Küstengemeinschaften und die Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität aller Ostseeanrainerstaaten darstellt,
- würdigen die starke Beteiligung junger Menschen, wie sie beispielhaft im Parlamentarischen Jugendforum für den Ostseeraum (BSPYF) und anderen im gesamten Ostseeraum aktiv engagierten Jugendinstitutionen zum Ausdruck kommt,
- unterstützen, wahren und stärken die kulturellen und bildungsbezogenen Beziehungen, Zusammenarbeit und Projekte im Ostseeraum als Grundlage unserer Identität und Eckpfeiler unserer gemeinsamen Werte,

**fordern die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die EU auf,**

**im Hinblick auf geopolitische Herausforderungen – Wahrung von Demokratie und Stabilität im Ostseeraum**

1. ihre unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu bekräftigen und weiterhin eine einheitliche Position gegenüber der fortgesetzten Aggression, der Besetzung und den Völkerrechtsverletzungen durch Russland, auch im maritimen Bereich der Ostsee, zu vertreten,
2. die kollektive Abschreckung und Vorsorge gegen hybride Bedrohungen, darunter Sabotage kritischer maritimer Infrastrukturen, Cyberangriffe und Informationsmanipulation, durch eine Verbesserung der Bedrohungsanalyse, der institutionellen Resilienz und der gemeinsamen Kapazitäten für eine rasche Krisenreaktion auszuweiten,
3. zu unterstreichen, wie wichtig das aktive Streben nach friedlichen Lösungen und die Aufrechterhaltung nichtmilitärischer Maßnahmen für die Sicherheit im Ostseeraum – etwa Diplomatie, Völkerrecht und Kooperationsregelungen – selbst vor dem Hintergrund zunehmender militärischer Investitionen und strategischer Verteidigungsbemühungen sind,
4. sicherzustellen, dass die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung und Sicherheit, die aufgrund der geopolitischen Lage erforderlich ist, unter uneingeschränkter Achtung der völkerrechtlichen Regelungen, etwa in Bezug auf die Entmilitarisierung und Neutralität der Ålandinseln, erfolgt,

5. die Koordinierung zwischen nationalen Sicherheitsstrategien und demokratischen Garantien zu stärken und dabei sicherzustellen, dass die Reaktion auf neue Sicherheitsbedrohungen unter uneingeschränkter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der parlamentarischen Kontrolle erfolgt, und zugleich die Bedeutung freier und unabhängiger Medien, transparenter Wahlprozesse und wirksamer Maßnahmen gegen Desinformation zu bekräftigen und zu Anstrengungen zur weiteren Stärkung dieser wesentlichen Säulen der demokratischen Resilienz im gesamten Ostseeraum zu ermutigen; nichtstaatliche Organisationen (NGO), Bürgerinitiativen und demokratische Kontrollinstanzen stärker in Mechanismen zur Überwachung, Frühwarnung und öffentlichen Kommunikation im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen, Desinformation im Cyberraum und Krisenmanagement einzubinden, um Vertrauen und öffentliche Legitimität bei Krisenreaktionen aufzubauen; in Anlehnung an die in der Stellungnahme SOC/812 des EWSA enthaltene Forderung nach einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen und NGO, im gesamten Ostseeraum verstärkte Bemühungen um die Bekämpfung von Desinformation, die Förderung der digitalen Kompetenz und die Sicherung freier und pluralistischer Medien zu unternehmen. Die BSPC unterstützt die Entwicklung eines Europäischen Schutzschildes für die Demokratie und ermutigt nationale Parlamente, Medienakteure und die Zivilgesellschaft zu gemeinsamen Initiativen zur Steigerung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen,
6. die Zusammenarbeit mit der NATO und der EU auszuweiten, um den dauerhaften Schutz der Unterwasserinfrastruktur, der maritimen Versorgungswege und gefährdeter Offshore-Anlagen, darunter Pipelines, Kabel und Windparks, zu gewährleisten; bestehende NATO-Operationen im Bereich der maritimen Sicherheit, etwa die Operation Baltic Sentry und den Marinestab CTF Baltic, zu unterstützen und zu verstärken,
7. die Integration der europäischen Sicherheitspolitik und der Verteidigungsindustrie zu vertiefen, um einen effizienten Ressourceneinsatz zu gewährleisten; die laufenden Bemühungen der NATO um die Stärkung der maritimen Sicherheit in der Ostsee zu unterstützen, darunter verstärkte Operationen gegen die Schattenflotte, die Entwicklung von Fähigkeiten zur Echtzeitreaktion auf hybride Bedrohungen und die Einrichtung einer ständigen maritime Überwachung in der Ostsee durch gemeinsame NATO-EU-Einsätze,
8. die Institutionalisierung einer langfristigen NATO-Mission zur maritimen Sicherheit in der Ostsee auf der Grundlage aktueller operativer Rahmen zu fördern, um eine ständige regionale Präsenz zur Abschreckung hybrider und konventioneller Bedrohungen zu schaffen,
9. eine strukturierte parlamentarische Beteiligung an der regionalen Sicherheitsarchitektur, auch in einschlägigen NATO- und EU-Foren zur maritimen Sicherheit, zum Schutz kritischer Infrastrukturen und zur Cyberabwehr, zu gewährleisten; die aktive Einbindung der BSPC in diesen Dialog zu unterstützen,
10. die Mitwirkung des Ostseerats und der EU am Aufbau von Resilienz zu stärken, unter anderem durch verstärkte politische und finanzielle Unterstützung für Projekte im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) sowie durch eine Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen und den Beitrag verschiedener Organisationen, darunter die laufenden Arbeiten der für Raumplanung und -entwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister im Rahmen von VASAB (Vision und Strategien rund um die Ostseeraum) zur Verbesserung der territorialen Resilienz im Ostseeraum; gemeinsam für eine angemessene EU-Finanzierung dieser Programme einzutreten und von Gemeinden geleitete Initiativen, die lokale soziale Infrastruktur und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an einschlägigen Projekten im Rahmen des EDF, der CEF und der PESCO zu unterstützen,

11. die Anwendung des internationalen Seerechts vor dem Hintergrund neu auftretender Bedrohungen zu stärken, um eine raschere und besser koordinierte Reaktion auf künftige Zwischenfälle, die die Ostsee betreffen, zu gewährleisten, unter anderem durch eine engere Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO),
12. zur Ausrichtung des nationalen und des EU-Seerechts und seiner Durchführung an der sich verändernden Bedrohungslage beizutragen und so einheitliche Definitionen von Sabotage, strafrechtliche Verantwortlichkeit für Angriffe auf Infrastrukturen und koordinierte Strafverfolgungsrahmen zu gewährleisten,
13. Rechenschaft für Operationen von Schattenflotten zu gewährleisten und Sanktionsmechanismen gegen Versicherer, Flaggenstaaten, die unrechtmäßige Aktivitäten verfolgen, und Logistikunternehmen, die den unrechtmäßigen und umweltschädlichen Verkehr russischer Tanker ermöglichen, auszuweiten; die Einrichtung von Sperrzonen in der Ostsee für nicht versicherte Tanker und Schiffe, die gegen Sanktionsregelungen verstoßen, zu erwägen,

### **im Hinblick auf Energie- und Umweltresilienz und den Schutz kritischer Infrastruktur im Ostseeraum**

14. das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger im Ostseeraum zu gewährleisten, und zwar durch koordinierte Maßnahmen und ein gemeinsames Engagement für menschliche Sicherheit, was Zivilbereitschaft für klimabezogene Notlagen und hybride Bedrohungen, einschließlich Risikokommunikation, partizipativer Klimaplanung und Einbindung der Zivilgesellschaft in Vorsorgestrategien, umfasst, gemeinsam die Führung bei der Vorbereitung der Gesellschaft auf die Folgen eines potenziellen Anstiegs der Erdtemperatur um 4 Grad Celsius bis 2100 zu übernehmen, indem Klimarisikobewertungen für alle öffentlichen Investitionen vorgeschrieben, Stresstests für kritische Infrastrukturen durchgeführt, die lokalen Anpassungskapazitäten verstärkt und auf bewährten Verfahren beruhende Lösungen zum Schutz der Ökosysteme, der Ernährungssysteme und der öffentlichen Gesundheit im gesamten Ostseeraum ausgeweitet werden, und gemeindenahe Anpassungs- und Resilienznetzwerke, insbesondere in ländlichen, küstennahen und marginalisierten Gebieten, zu fördern und so von der Basis ausgehende Beiträge zur Klimasicherheit und zur Vorsorge in der Gesellschaft zu gewährleisten,
15. Koordinierte und rasche Umsetzung bestehender Konzepte wie der EUMSS: Im Vorfeld der Entwicklung neuer Rahmen bestehende Konzepte wie die EU-Strategie für maritime Sicherheit (EUMSS) vollständig umzusetzen, um Resilienz zu fördern und Bedrohungen im Ostseeraum zu begegnen, und eine umfassende Strategie in Form eines sorgfältig koordinierten, detaillierten, den gesamten Ostseeraum erfassenden Rahmens zur Steigerung der Resilienz der Energieversorgung, des Transportwesens und der Kommunikationsnetze zu erarbeiten. Diese Strategie muss eine bedrohungsspezifische Resilienzplanung beinhalten und sich sowohl an nationalen Initiativen als auch an bestehenden EU-/NATO-Rahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen im Ostseeraum orientieren, und sie muss die Lehren aus den Erfahrungen der Ukraine beim Schutz der Energieversorgung und kritischer Infrastrukturen unter Kriegsbedingungen berücksichtigen; die Regierungen im demokratischen Ostseeraum aufzufordern, die Ausarbeitung eines Entwurfs für eine solche Regionalstrategie bis März 2026 zu gewährleisten,
16. Stärkung der maritimen Lageerfassung, Überwachungsfähigkeiten und Rechtsrahmen in der Ostsee sowie Zentralisierung der Verantwortlichkeiten im gesamten Ostseeraum:

### **Zentrale Koordinierungs- und Überwachungsmechanismen**

einen zentralisierten Koordinierungsmechanismus innerhalb des Ostseeraums zu fördern, um maritime Bedrohungen proaktiv anzugehen. Dieser Mechanismus sollte auf Früh-erkennung, ein rasches Eingreifen und die Prävention krimineller Aktivitäten ausgerichtet sein, und zwar auf der Grundlage bestehender grenzüberschreitender Kooperationsrahmen und nach Möglichkeit in Abstimmung mit NATO-Initiativen; die zeitnahe Inbetriebnahme der Drehscheibe für kritische Unterseeinfrastrukturen in der Ostsee als zentrales Instrument zur Stärkung der maritimen Lageerfassung und der Überwachung in enger Zusammenarbeit mit bestehenden mit bestehenden zivilen und militärischen Strukturen zu unterstützen und zu fördern,

### **Fortschrittliche Technologien zur Meeresüberwachung**

die Schaffung eines Kooperationsrahmens für die gemeinsame Nutzung und Entwicklung unbemannter Oberflächen- und Unterwasserfahrzeuge (Drohnen) und anderer fortschrittlicher Technologien zur Meeresüberwachung zu fördern. Nach dem Vorbild von Initiativen, wie sie derzeit in Dänemark erprobt werden, sollte dieser Ansatz die kontinuierliche und ressourceneffiziente Lageerfassung und den Schutz kritischer Infrastrukturen stärken, wobei die Koordinierung der Einsätze und die Datenanalyse auch von zivilen Behörden oder bestehenden zivil geführten Meereszentren durchgeführt werden sollten; automatisierte Überwachungssysteme, darunter Satellitenüberwachung, KI-gestützte Anomalieerkennung und sonargestützte Erkennung von Unterwasseraktivitäten, zu entwickeln und zu nutzen und gegebenenfalls in Kooperationsrahmen für fortschrittliche Technologien zur Meeresüberwachung zu integrieren,

### **Datenaustausch und Integration des CISE**

auf Vereinbarungen zum Echtzeit-Datenaustausch zwischen den Ostseeanrainerstaaten hinzuwirken, auf die Einsetzung einer gemeinsamen Einheit für maritime Sicherheit gerichtete, vollständig mit den Regionalplänen der NATO, den Küstenwachen und den Infrastrukturbetreibern abgestimmte Maßnahmen zu fördern, die Umsetzung des gemeinsamen Informationsraums für den maritimen Bereich (CISE) auf alle maßgeblichen Partner im Ostseeraum auszuweiten und einen kontinuierlichen, sicheren Datenfluss zwischen den Seebehörden in der Region einzurichten,

### **Rechtliche Harmonisierung und Verantwortung**

bestehende Rechtsrahmen – insbesondere das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und die Pariser Vereinbarung – zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten dahin gehend zu harmonisieren, vorsätzliche Störungen kritischer unterseeischer Infrastrukturen zu kriminalisieren und so Sanktionen und rechtliche Verantwortung zu gewährleisten, und ihre gemeinsame, standardisierte und rechtskonforme Auslegung und Umsetzung zu fördern; sicherzustellen, dass Angriffe auf kritische Infrastrukturen wirksam strafrechtlich verfolgt werden, und eine Doppelung von Strukturen und Rechtsnormen zu vermeiden; gemeinsame operative Abläufe für die Reaktion auf Sabotageakte und hybride Angriffe, darunter die Koordinierung zwischen den Militär- und den Strafverfolgungsbehörden sowie den an Notfallmaßnahmen beteiligten Akteuren, zu erarbeiten,

### **Mechanismus für ein rasches Eingreifen**

dazu aufzufordern, einen ostseeweiten Mechanismus für ein rasches Eingreifen (BSRRM) zu schaffen, der sicherstellt, dass gemeinsame Teams der Seestreitkräfte und der Küstenwache innerhalb weniger Stunden auf mutmaßliche Sabotageakte reagieren können,

**Digitale Resilienz und Open-Source-Infrastruktur**

in Bezug auf digitale Echtzeit-Konnektivität gemeinsam Open-Source-Technologien zu finanzieren und aufrechtzuerhalten, indem eine Finanzierungsinitiative mit Schwerpunkt auf der Sicherung und Weiterentwicklung der für die Konnektivität und Resilienz des Ostseeraums unverzichtbaren digitalen Open-Source-Infrastruktur auf den Weg gebracht wird. Dies könnte die Einrichtung eines Regionalfonds zur Aufrechterhaltung und zum Schutz gemeinsamer digitaler Instrumente mit entscheidender Bedeutung für die Wahrung von Cybersicherheit und Informationsintegrität umfassen; die Regierungen im demokratischen Ostseeraum aufzufordern, die Ausarbeitung eines detaillierten Vorschlags für die Einrichtung dieses Fonds bis März 2026 zu gewährleisten,

17. Koordiniertes Vorgehen gegen die russische und andere Schattenflotten: sicherzustellen, dass Staaten und privatwirtschaftliche Einrichtungen gleichviel welcher Nationalität, die unrechtmäßige und umweltschädliche Operationen von Schattenflotten zur Umgehung von Sanktionen unterstützen und dazu beitragen, zur Rechenschaft gezogen werden; EU-Sanktionen auf Flaggenstaaten, Logistikdienstleister, Versicherer und andere Betreiber, die Operationen von Schattenflotten erleichtern, auszuweiten; Hafenkontrollen und die Nachverfolgung von Tankern mit Verbindungen zu Russland durchzusetzen, um vollständige Transparenz hinsichtlich Ladung und Bestimmungsort zu gewährleisten; Kriterien für Durchsetzungsmaßnahmen der Küstenstaaten gegen Tanker, die als akute Gefahr für die Sicherheit im Seeverkehr oder die Meeresumwelt angesehen werden, festzulegen; innerhalb der EU, der IMO und anderer Institutionen einen gemeinsamen ostseeweiten Ansatz zur Klärung und Weiterentwicklung der rechtlichen Regelungen für den Schiffsverkehr und andere wichtige Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit der Schattenflotte, etwa die Störung von GPS-, AIS- und sonstigen Signalen mit entscheidender Bedeutung für die Sicherheit der Schifffahrt in den ausschließlichen Wirtschaftszonen in der Ostsee und darüber hinaus zu erarbeiten,
18. Resilienz und Redundanz von Energie- und Kommunikationsnetzen: Zur Stärkung der Resilienz und Redundanz der Energie- und Kommunikationsnetze müssen die Regierungen im Ostseeraum, der Ostseerat und die EU die nachstehenden, ab sofort durchzuführenden Maßnahmen ergreifen, die bis 2030 erhebliche Fortschritte erbringen sollen: einen von der EU und den Regionalverwaltungen kofinanzierten Fonds für die Resilienz kritischer Infrastrukturen im Ostseeraum mit dem Ziel einzurichten, die Energie- und Kommunikationsnetze zu modernisieren; in den Ausbau der Glasfaser- und Stromverbundleitungen zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten zu investieren; die Cyberresilienz und Angriffserkennungssysteme für alle Unterwasserinfrastrukturen zu stärken,
19. Stärkung der Koordinierung zwischen NATO und EU in Bezug auf die Sicherheit in der Ostsee
  - die bestehenden Operationen der NATO im Bereich der maritimen Sicherheit in der Ostsee, darunter verstärkte Wachsamkeit im Rahmen von Baltic Sentry, die vom Hauptquartier des Marinestabs CTF Baltic der Deutschen Marine in Rostock koordiniert wird, zu unterstützen und zu verstärken,
  - auf die Institutionalisierung einer langfristigen NATO-Mission für maritime Sicherheit in der Ostsee hinzuwirken,

- die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO durch die Einbeziehung der Maßnahmen der NATO im Bereich der maritimen Sicherheit in folgende Bemühungen zu verstärken:
  - die PESCO-Projekte der EU zur maritimen Sicherheit
  - die Initiativen der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) im Bereich Überwachung und hybride Bedrohungen
  - die EU-Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) und den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF)
  - die gemeinsamen Übungen von NATO und EU zum Schutz von Offshore-Windparks, Pipelines, Unterseekabeln und kritischer Küsteninfrastruktur unter Berücksichtigung hybrider Bedrohungsszenarien auszuweiten; das politische und parlamentarische Engagement, darunter die Mitarbeit im Ostseerat, zu stärken,
- 20. Forschung im Bereich Nachhaltigkeit, Energie und Verkehrsinnovation: weiterhin Forschungsarbeiten zu langfristigen Energielösungen und innovativer maritimer Mobilität sowie im Bereich Völkerrecht und Sicherheitspolitik zu unterstützen und dabei eine angemessene Finanzierung und Zugang zu EU-Mitteln für alle demokratischen Ostseeanrainerstaaten, einschließlich der Möglichkeit gemeinsamer Anträge, zu gewährleisten und die Akteure der Ostseeregion zur Bildung von Forschungskonsortien im Hinblick auf die gemeinsame Teilnahme an einschlägigen Aufforderungen zur Beantragung von EU-Fördermitteln zu ermutigen,
- 21. Schaffung regionaler Kapazitäten für die Instandsetzung kritischer maritimer Infrastruktur: die im EU-Aktionsplan für Kabelsicherheit („Gemeinsame Mitteilung zur Stärkung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit von Unterseekabeln“) dargelegten Maßnahmen rasch durchzuführen; einen koordinierten Ostsee-Mechanismus zur raschen Instandsetzung beschädigter Unterwasserinfrastrukturen zu entwickeln; gemeinsame Lagerkapazitäten für unentbehrliche Ersatzteile und Werkzeuge bereitzustellen und Mehrzweck-Werkstattschiffe einzusetzen; gemeinsame Notfallabläufe und technische Standards für grenzüberschreitende Interventionen festzulegen; den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit besonderem Schwerpunkt auf diplomatischen Aktivitäten in Bezug auf Drittstaaten zu fördern, um die außereuropäische Dimension dieses Problems hervorzuheben,
- 22. Einrichtung eines Forums für den sektorübergreifenden Austausch zur Resilienz der Infrastruktur im Ostseeraum: ein ständiges Forum für die Resilienz der Infrastruktur im Ostseeraum einzurichten, das Behörden, private Betreiber, Forschungseinrichtungen und Akteure des Katastrophenschutzes zusammenbringt; den sektorübergreifenden Austausch bewährter Verfahren zur Resilienz der Infrastruktur gegenüber Klima- und Umweltveränderungen und zum Notfallrisikomanagement zu erleichtern; regelmäßige simulationsbasierte Schulungen zur Resilienz gegenüber hybriden und klimabedingten Störungen durchzuführen,
- 23. Entwicklung eines Rahmens für die Simulation von Cyberkrisen in der Ostsee: einen multinationalen Rahmen für die regelmäßige Simulation von Cyberkrisen mit Schwerpunkt auf kritischer maritimer Infrastruktur im Ostseeraum einzurichten; öffentliche Einrichtungen (Verteidigung, Energie, Küstenwache) und private Interessenträger (Netzbetreiber, Seeverkehrsunternehmen) einzubeziehen; digitale Zwillinge und Instrumente der Szenarioplanung zur Erstellung gemeinsamer Standardverfahren zu verwenden,
- 24. eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen privaten Offshore-Akteuren – etwa Energieunternehmen – und nationalen Verteidigungsbehörden zum Schutz kritischer Infrastrukturen und der regionalen Sicherheit zu fördern; bei Bedarf Rechtsvorschriften zur Erleichterung und Regulierung einer solchen Zusammenarbeit vor dem Hintergrund neu auftretender Bedrohungen in der Ostsee auszuarbeiten,

25. Förderung von Standards für die Mehrzweckgestaltung kritischer Infrastrukturen: ostsee- weite technische Leitlinien und Planungsanreize für die Mehrzweckgestaltung von Infra- struktureinrichtungen einzuführen; die funktionsübergreifende Gestaltung von Infra- strukturen (z. B. Glasfaser- und Stromkabel, Verkehrs- und Datenkorridore) zu fördern; Anreize für öffentlich-private Innovationsprojekte zu Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck zu schaffen,
26. Steigerung der digitalen Resilienz in ländlichen und peripheren Gebieten des Ostseeraums: gesonderte EU- und nationale Programme zur Aufwertung der digitalen Infrastruktur in ländlichen Gebieten und Inselregionen aufzulegen; sichere Satelliten- und Unterwasser- verbindungen (z. B. LoRaWAN, redundante Verkabelung, 5G/6G-Backbones) auszu- weiten; die Resilienz transnationaler Verbindungen zu fördern; die Entwicklung inklusiver Infrastrukturinitiativen zu unterstützen, um beispielsweise zu garantieren, dass öffentliche Verkehrsmittel, Breitbandzugang und intelligente Mobilitätslösungen auch für margina- lisierte Menschen, einkommensschwache Gemeinschaften und ländliche Gebiete verfüg- bar sind,
27. Einbeziehung von Umweltrisiken in die Strategie für maritime Sicherheit: Bewertungen von Umweltrisiken (z. B. Auswirkungen von Baggerarbeiten, Lärm), darunter Risiken durch Ölverschmutzung, gefährliche Chemikalien und andere schädliche Substanzen, als integralen Bestandteil der Planung für maritime Sicherheit in der Ostsee vorzuschreiben; Umweltrisikoindikatoren in die Überwachung hybrider Bedrohungen einzubeziehen; die Entwicklung von Erkennungstechnologien mit doppeltem Verwendungszweck für Umwelt- und Sicherheitsvorfälle zu fördern,

#### **im Hinblick auf Energiesicherheit, Nachhaltigkeit und Jugendbeteiligung im Ostseeraum (BSPYF)**

28. Stärkung der Prävention und Vorsorge im Katastrophenschutz: in Konflikt- und Katastrophensituationen , etwa bei Pandemien wie COVID-19, eine engere Vernetzung zur Steigerung der Resilienz zu fördern; den Austausch von Einsatzkräften im Katastrophenschutz, beispielsweise Gesundheitsfachkräften, zu unterstützen, um in Notlagen eine rasche und unbürokratische Reaktion zu gewährleisten; die Pharmaindustrie auszubauen, um die Unabhängigkeit und Verfügbarkeit unentbehrlicher medizinischer Ressourcen sicherzustellen,
29. Stärkung der Energieinfrastruktur durch Modernisierung und Partnerschaften:
  - die Sicherheit und Resilienz der Energieinfrastruktur durch Investitionen in die Forschung und Modernisierung veralteter Systeme zu erhöhen,
  - mit dem privaten Sektor und regionalen strategischen Partnern zusammenzuarbeiten und zugleich bestehende NATO-Initiativen zu ergänzen,
  - für Energiesubventionen, die an bestimmte Bedingungen geknüpft sind, in Verbindung mit speziellen nationalen Energieeffizienzprogrammen zur Linderung von Energie- armut und Senkung der Energiekosten für Haushalte einzutreten,
30. Kartierung gefährdeter Gebiete und Förderung einer raschen Reaktion auf maritime Risiken:
  - die Resilienz kritischer maritimer Infrastrukturen zu stärken, indem die am stärksten gefährdeten Gebiete durch umfassende Kartierung ermittelt werden,
  - gemeinsame Risikobewertungen, koordinierte Schulungen und einen Echtzeit- Informationsaustausch zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Hinblick auf eine rasche und wirksame Reaktion auf Bedrohungen vorzunehmen,

31. Beschleunigung des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen und Modernisierung regionaler Energiesysteme:
  - den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe im regionalen Energiekonsum innerhalb des Rahmens bestehender Politikmaßnahmen der EU, die auf die Abkehr von fossilen Brennstoffen gerichtet sind (z. B. „Fit für 55“, RED III), zu beschleunigen, mit Vorrang auf dem Ausstieg aus der Nutzung nicht europäischer Quellen, vor allem der Russischen Föderation,
  - in nachhaltige Energielösungen zu investieren und das regionale Stromnetz durch intelligentere Speicherung und Verteilung zu modernisieren,
32. Herbeiführung einer gerechten Energiewende, bei der niemand zurückgelassen wird:
  - die Energiepreise zu senken, das Vertrauen in öffentliche Institutionen zu stärken und fragile Gemeinschaften zu unterstützen,
  - gezielte Unterstützung und Umschulungsmöglichkeiten für diejenigen bereitzustellen, die aufgrund des grünen Übergangs von Arbeitsplatzverlust bedroht sind,
  - darauf zu bestehen, dass der Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft von Klimagerechtigkeit geleitet ist, und so sicherzustellen, dass bedürftige Haushalte Unterstützung erhalten und bei dem grünen Übergang keine Gemeinschaft zurückgelassen wird,
33. die Beteiligung junger Menschen an Energiefragen zu fördern: die Perspektiven junger Menschen in die regionale Energiepolitik einzubringen, indem nationale Jugendberatungsgremien unter der Zuständigkeit der Energieministerien (oder gleichwertiger Stellen) eingerichtet werden; sicherzustellen, dass diese Gremien Einfluss und parlamentsübergreifende Anerkennung im gesamten Ostseeraum erhalten,
34. die Selbstbestimmung junger Menschen durch grüne Bildung und Einbeziehung in den Energiesektor zu stärken: den Zugang zu grüner Bildung zu erleichtern und Möglichkeiten für junge Menschen im Energiesektor zu fördern; zu Austauschprogrammen, Initiativen für lebenslanges Lernen, Praktika und Mentoringprogrammen in der Industrie für saubere Energie zu ermutigen; die Entwicklung gezielter Programme zur Unterstützung von Angeboten im Bereich der psychischen Gesundheit und zur Schaffung grüner Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in neu entstehenden Industriezweigen zu fördern,

### **im Hinblick auf eine nachhaltige Ostsee – Meeresökosysteme, Fischerei, Klima und ökologische Schifffahrt**

35. die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu stärken, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung der Eutrophierung, die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt im Meer und die Eindämmung der Verschmutzung, und die Abstimmung auf EU-weite und regionale Umweltvorschriften sicherzustellen,
36. dringend einen rechtsverbindlichen Plan zur Erholung der Fischbestände in der Ostsee auszuarbeiten, um die Funktionsfähigkeit des Ökosystems und die Ernährungssicherheit zu wahren,
37. die Ausweisung von Zonen ohne Grundschleppnetze in der Ostsee anzustreben, um empfindliche benthische Ökosysteme zu schützen und eine langfristige Wiederherstellung der biologischen Vielfalt im Meer zu ermöglichen, und zwar überall dort, wo dies durch die Erhaltungsziele für diese Ökosysteme gerechtfertigt ist,

38. sicherzustellen, dass das Vorsorgeprinzip für die gesamte gezielte Fischerei zur Produktion von Fischmehl gilt, und dabei der Resilienz der Ökosysteme und der Nachhaltigkeit der Ernährungssysteme Vorrang einzuräumen,
39. die Klimaanpassung und Erhaltung der biologischen Vielfalt systematisch in Strategien zur Meeresraumplanung, Fischereibewirtschaftung und Küstenentwicklung zu integrieren,
40. die wissenschaftlichen Grundlagen und Steuerungskapazitäten für die Überwachung der Meeresökosysteme zu verstärken, unter anderem durch uneingeschränkte Unterstützung der aktualisierten Indikatorensysteme und Bewertungszyklen von HELCOM,
41. koordinierte Politikmaßnahmen zur Nährstoffreduzierung voranzutreiben und nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken zu fördern, die klimaresiliente Nahrungsmittelsysteme ermöglichen und zugleich Abflüsse in die Ostsee verringern,
42. bei Bergbauarbeiten am Meeresboden die Bewahrung von Umwelt und Natur zu gewährleisten,
43. die Einrichtung und Digitalisierung von Meeresschutzgebieten (MPAs), darunter eine verbesserte Vernetzung und eine ökosystembasierte Bewirtschaftung, zu unterstützen; die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Schutz wandernder Arten und gemeinsamer Lebensräume zu verstärken,
44. die Einbeziehung maritimer digitaler Zwillinge in Echtzeit-Entscheidungen und langfristige Ökosystemprognosen entsprechend den Empfehlungen im Basisbericht 2025 des Ostseerats über maritime digitale Zwillinge und grüne Korridore zu fördern; dies sollte im Rahmen bestehender EU-Initiativen wie Horizont Europa, Copernicus und der EU-Mission „Wiederbelebung unserer Ozeane und Gewässer“ geschehen,
45. die Investitionen und Zusammenarbeit in Bezug auf grüne Korridore für die Schifffahrt, insbesondere entlang der wichtigsten Handelsrouten in der Ostsee, auszuweiten; bei der Entwicklung der Korridore rechtliche Klarheit, öffentlich-private Zusammenarbeit und Technologieneutralität zu gewährleisten,
46. eine modale Verlagerung auf den See- und Schienenverkehr zu fördern, indem Investitionen in intermodale Infrastrukturen, die sich in unterentwickelten Teilen des Ostseeraums befinden, gelenkt werden; einen umweltfreundlichen Frachtverkehr auf Fährn durch gezielte wirtschaftliche Anreize und unter Gewährleistung der Kohärenz mit den klimapolitischen und verkehrspolitischen Rahmen der EU zu stärken,
47. für digitale Innovationen im Ostseeraum durch seine Positionierung als globaler Standort zur Erprobung intelligenter Hafenökosysteme einzutreten; die Entwicklung und Einführung digitaler Zwillinge und fortschrittlicher Datensysteme zur Steigerung der Effizienz, Minderung der Emissionen und Stärkung der Resilienz zu fördern; zum grenzüberschreitenden Datenaustausch und zu gemeinsamen Innovationsinitiativen im Interesse eines rascheren digitalen Wandels in der maritimen Infrastruktur zu ermutigen,
48. die Hafeninfrastruktur und -anbindung zu verbessern, unter anderem durch Investitionen in die landseitige Stromversorgung, intelligente Logistik, Verfahren der Kreislaufwirtschaft und Hinterlandanbindungen,
49. die mit Aktivitäten von Schattenflotten verbundenen Umweltrisiken, darunter kumulative Emissionen und industrielle Baggerarbeiten, anzuerkennen und zu mindern; die Durchführung von Umweltrisikobewertungen im Rahmen der Überwachung der maritimen Sicherheit und hybrider Bedrohungen vorzuschreiben,
50. die umweltverträgliche und frühzeitige Beseitigung von Munitionsaltlasten im Meer zu unterstützen, unter anderem durch Mittel aus dem EU-Programm „Horizont Europa“, mit besonderem Augenmerk auf ökologische Integrität, Seesicherheit und grenzüberschreitende Koordinierung,

51. die Abstimmung der Regulierungsrahmen von HELCOM, EU und IMO zu gewährleisten und dabei eine Fragmentierung der Regulierung zu vermeiden und zugleich flexible, regionspezifische Umsetzungswege zu ermöglichen,
52. die Beteiligung junger Menschen an der Meerespolitik und der Nachhaltigkeitsbildung zu unterstützen; bürgerwissenschaftliche Initiativen und die Vermittlung von Kenntnissen zur Artenvielfalt in Schulen im Einklang mit den Empfehlungen des BSPYF auszuweiten,

### **im Hinblick auf eine kohärente und sichere Bioökonomie im Ostseeraum**

53. Kohärenz zwischen Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft, Erhaltung der biologischen Vielfalt und Klimapolitik zu gewährleisten, indem nationale und regionale Strategien für Bioökonomie in integrierte Politikrahmen eingebettet werden, die Umweltschutz, Ernährungssicherheit, die Energiewende und den industriellen Wandel in Einklang bringen,
54. den Übergang von Pilotinitiativen zu einem großflächigen Einsatz zu unterstützen, indem Innovationen für den Weg vom Labor zur Fabrik durch KMU-freundliche Anreizstrukturen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und ein berechenbares Regulierungsumfeld ermöglicht werden,
55. globale Übertragungseffekte zu vermeiden, indem sichergestellt wird, dass die steigende Nachfrage nach Biomasse nicht zu Umweltzerstörung oder sozialem Schaden in Drittländern führt; strenge Nachhaltigkeitskriterien und Transparenz in den Lieferketten für Bioressourcen zu wahren, auch im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU,
56. unzureichend Einsatzstoffe, etwa kommunale Bioabfälle, landwirtschaftliche Rückstände, marine Biomasse und industrielle Nebenprodukte, anzuerkennen und darin zu investieren, um Landnutzungskonflikte zu vermeiden und regionale Kreislaufwirtschaften zu unterstützen; zu bekräftigen, dass Investitionen in die Bioökonomie vorrangig zur Schaffung sicherer Arbeitsplätze in Küsten- und ländlichen Gebieten beitragen sollten, was die Unterstützung kleiner Fischerei- und Landwirtschaftsbetriebe beinhaltet,
57. den regionalen Dialog zu fördern, und zwar durch einen strukturierten interparlamentarischen Prozess im Ostseeraum, der auf die Verbesserung der Kohärenz, des Wissensaustauschs und gemeinsamer Standards bei der Steuerung der Bioökonomie gerichtet ist,
58. Überlegungen zur Sicherheit und strategischen Autonomie in die Bioökonomiepolitik einzubeziehen, indem biobasierte Alternativen in kritischen Sektoren wie Verpackungen, Chemikalien und Automobilzulieferketten gefördert werden, um die Abhängigkeit von importierten fossilen oder mineralischen Ressourcen zu verringern,
59. die Überwachung der Kohärenz in parlamentarische Aufsichtsmechanismen einzubetten, indem Indikatoren und Instrumente zur Bewertung des Gleichgewichts zwischen dem Nahrungsmittel-, Futtermittel-, Energie- und Materialeinsatz entwickelt werden, und sicherzustellen, dass Legislativ- und Haushaltsbeschlüsse auf ganzheitlichen und langfristigen Nachhaltigkeitsüberlegungen beruhen,
60. Innovationen im Bereich der aquatischen Bioökonomie zu fördern, und zwar durch gezielte Forschung und Finanzierung für die Entwicklung von Ressourcen, d. h. Kultivierung von Meeresalgen, nachhaltige Aquakultur und Blaue Biotechnologie,
61. sicherzustellen, dass künftige EU-Rahmen für die Bioökonomie regionalen ökologischen Sensibilitäten, dem Potenzial von Wertschöpfungsketten und der Einbindung der Interessenträger, insbesondere in Makroregionen wie dem Ostseeraum, Rechnung tragen,

**Ferner beschließt die Konferenz,**

62. auf der Grundlage der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses der BSPC eine zweijährige Arbeitsgruppe für die Stärkung der Cyber- und Informationsresilienz zur Förderung von Demokratie mit dem Auftrag einzusetzen, auf der 35. BSPC einen ersten Bericht vorzulegen, und
63. das Angebot des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die 35. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2026 in der Hansestadt Lübeck auszurichten, dankbar zu begrüßen.